Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134. Mittwoch, den 11. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Ferien für Arbeiter und Angestellte.

Die Ferienzeit ist wieder gekommen. Die Besitzenden reisen in die Badeorte und Sommerfrischen, und auch die Beamten erhalten Urlaub, um sich einige Wochen zu erholen, ihren Körper für neue Arbeit zu stärken. Da ist es angebracht, sich auch wieder der Arbeiter und der Angestellten in Privatbetrieben zu erinnern, von denen die ersteren nur zu einem sehr kleinen Teil, die letzteren auch noch nicht allgemein einmal im Jahre Ferien bekommen. Der Anfang ist zwar gemacht, die Entwicklung ist im Flusse. Aber wie wenig ist noch das, was den Arbeitern geboten wird, und wie langsam geht es vorwärts!

Ein ungefähres Bild davon, wie viel Arbeiter und Angestellte in Deutschland zurzeit einen Urlaub erhalten und wie dieser beschaffen ist, bietet das Buch von Dr. Ludwig Heyde*), das den Beitrag von Deutschland enthält für die internationale Erhebung, welche die 6. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Lugano beschlossen hat. Dr. Heyde hat, im Auftrag der Gesellschaft für Soziale Reform, sein Material sich geschafft durch Benutzung der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Erhebungen und Berichte von Berufsvereinen, durch direkte Anfragen bei großen Verbänden der Privatbeamten, Gewerkschaften, Handelskammern usw.

Von den Handlungsgehilfen erhält bereits die größere Hälfte Urlaub. Im Jahre 1908 erhielten nach der Erhebung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes 21 694 Gehilfen, d. h. 66,26 Prozent Urlaub. Ein ähnliches Resultat ergab die Erhebung der Düsseldorfer Handelskammer im Kammerbezirk: 63,97 Prozent der Angestellten erhielten in 61,33 Prozent der Betriebe Urlaub. Der Urlaub ist aber auch nur kurz. Nach der Erhebung des D. H.-V. erhielten in Prozentziffern: 23,2 bis zu 8 Tage, 38,4 von 8 bis 14 Tage, 4,7 mehr als 14 Tage Urlaub. Die günstigsten Verhältnisse werden in der Urlaubsfrage allgemein von den Warenhäusern und Konsumvereinen berichtet. Die genauen Ziffern über die durchschnittliche Dauer des gewährten Urlaubs belaufen sich in den Warenhäusern nach Dr. Krueger:

	im 1. Jahre	im 2. Jahre	im 3. Jahre
66 Proz. der Warenhäuser	auf 5 Tg.	auf 8 Tg.	auf 10 Tg.
15 „ „ „	„ 6 „	„ 10 „	„ 14 „
19 „ „ „	„ 8 „	„ 14 „	„ 21 „

Zudem wird bisweilen — außer der Gehaltsfortzahlung — hier auch noch freie Fahrt oder freie Wohnung und Beköstigung in der Sommerfrische gewährt.

Von den Konsumvereinen wird mitgeteilt, daß der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands mit 55 Genossenschaften für rund 3000 Angestellte Tarifverträge mit Urlaubsgewährung vereinbart habe.

Von den technisch-industriellen Beamten hatten im Jahre 1907 nach einer Erhebung 72,16 Prozent überhaupt Urlaub, während von 23,67 Prozent feststand, daß sie keinen Urlaub erhielten. Ein ähnliches Ergebnis hatte die Erhebung des Deutschen Techniker-Verbandes von 1910, wonach von 9951 befragten Technikern 1312 = 13,18 Prozent keinen Urlaub erhielten, andere aber auch keine Angaben machten, sodaß nur von 7453 = 74,90 Prozent ein Urlaub festgestellt werden konnte. Die Länge des Urlaubs betrug bei 1,09 Prozent nur 1—3 Tage, bei 4,01 Prozent 4—6 Tage, bei 20,77 Prozent 7—10 Tage. Reichlich ein Viertel erhielt demnach einen Urlaub bis zu 10 Tagen. Darüber hinaus erhielten 52,06 Prozent 11—14 Tage, 15,63 Prozent 19 bis 24 Tage und nur 5,09 Prozent mehr als 4 Wochen Urlaub.

Mit dem Urlaub für Arbeiter ist es freilich wesentlich schlechter bestellt. Vom Bergarbeiterurlaub glaubt Dr. Heyde feststellen zu können, daß er beginne, sich „langsam und mit allen Merkmalen der Wohlfahrtseinrichtung durchzusetzen“. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter sei „seine Verbreitung noch recht gering“. In der Steine- und Erdenindustrie sind die Urlaubsverhältnisse ungleich entwickelt. Während in der Rohstoffindustrie nur wenige Beispiele für Urlaub bekannt geworden sind, ist dieser in der Porzellanfabrikation besser verbreitet. Nach einer Erhebung der Gewerkschaft der Porzellanarbeiter im Jahre 1911 haben aber dennoch 303 Betriebe mit 50343 Arbeitern keinen Urlaub, während in weiteren 6 Betrieben mit 1300 Arbeitern nur solche Arbeiter Urlaub erhalten, welche der von den Unternehmern gegründeten und in deren Händen befindlichen Kasse, der Unterstützungskasse der Vereinigten Porzellanfabriken, angehören.

Die Angaben, welche Dr. Heyde über die Ferien in der Metallindustrie macht, sind mittlerweile überholt worden durch die neueren Erhebungen des Metallarbeiter-Verbandes, deren Resultate in einer kürzlich erschienenen Schrift (Verlag von A. Schlicke, Stuttgart) mitgeteilt werden. Im Jahre 1908 wurden 138 Ferien gewährende Betriebe gezählt, die zusammen 75 591 Arbeiter beschäftigten, von denen 13 579 (17,9 Prozent) im vorhergehenden Jahre Urlaub bekommen hatten. Bei der Erhebung von 1912 wurden nun 389 Betriebe festgestellt, die Ferien gewähren, in denen 233 927 Arbeiter beschäftigt waren. Davon kamen 233 029 für die Feriengewährung überhaupt in Betracht, und von diesen hatten wiederum 34 257 (14,1 Prozent) im Jahre 1912 tatsächlich Ferien erhalten. Ein Vergleich mit sämtlichen vorhandenen Betrieben in der Metallindustrie ergibt, daß nur 0,34 von 100 Betrieben Ferien gewähren. Es sind dies im allgemeinen die größten Betriebe, was daraus hervorgeht, daß von je 100 in sämtlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter 12,15 Prozent in den Genuß von Ferien gelangen können, während 1,79 Prozent tatsächlich im letzten Jahre Ferien erhielten. Also noch nicht der 50. Teil aller Metallarbeiter hat gegenwärtig einen regelrechten Ferienurlaub. Und dieser ist dazu noch vielfach recht zweifelhafter Art. Die große Mehrzahl aller in Betracht kommenden Arbeiter muß über fünf Jahre warten, bis sie in den Genuß von Ferien gelangt. In 35 Betrieben mit 38 519 Beschäftigten verlangt man sogar, daß der Arbeiter 15 Jahre bis hinauf zu 25 Jahren sich in dem betreffenden Betriebe abgearbeitet hat, ehe man ihm zum erstenmal einen Urlaub gewährt. Und für 56 Prozent beträgt die Anfangsdauer der Ferien weniger als 6 Tage; darunter befinden sich 1826 Personen, die sogar nur einen Tag „Ferien“ erhalten. 30,0 Prozent erhalten 6 Tage; der Rest bis zu 14 Tage.

In der chemischen Industrie ist der Arbeiterurlaub etwas mehr verbreitet und die Karenzzeit ist weniger hoch. Aber es kommen auch Karenzzeiten von 10, 12 und 20 Jahren vor, und „Ferien“ von zwei bis drei Tagen sind nicht selten. In den Gasanstalten ist die Urlaubsgewährung üblich, wenigstens in den großen Betrieben, die in städtischer Regie stehen. In der Textilindustrie gewähren in 26 Orten 35 Betriebe mit etwa 10 300 Arbeitern Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes. Für die Buchbindereibranche liegt aus 40 Orten die Mitteilung vor, daß insgesamt 256 Betriebe Ferien gewähren. Stark verbreitet ist der Urlaub in den Gummifabriken, während er in der Holzindustrie selten zu finden ist. Günstiger liegen wieder die Urlaubsverhältnisse in der Nahrungsmittelindustrie, besonders in den Brauereien, Margarinefabriken und Großbäckereien — die auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind! In der Tabakindustrie ist der Urlaub aber ganz selten. In der Bekleidungsindustrie findet er sich bisweilen deswegen, weil es sich um Saisonbetriebe mit qualifizierten Arbeitern handelt; um sich Arbeiter über die stille Zeit hinaus zu erhalten, wird Urlaub gewährt. Am verbreitetsten ist der Arbeiterurlaub im Buchdruckgewerbe. Etwa ein Drittel der deutschen Buchdrucker erhält Ferien, und es mehren sich die Ferien gewährenden Firmen jedes Jahr beträchtlich.

Das ist das Bild von den Ferien der deutschen Arbeiter: ein kleiner Anfang ist gemacht. Die Zahl der Arbeiter, die überhaupt Urlaub bekommen, ist noch nicht groß, und in der Regel werden nur einige freie Tage gewährt. Aber die Arbeiter werden es auch nicht daran fehlen lassen, sich ebenfalls regelrechte Ferien zu erkämpfen, deren sie mindestens ebenso notwendig bedürfen, wie die anderen Berufstätigen.

*) Urlaub für Arbeiter und Angestellte in Deutschland. Von Dr. Ludwig Heyde. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Um die Militärvorlage.

Während das Plenum des Reichstags die zweite Lesung der Militärvorlage beginnt, wird noch über ihre endgültigen Aussichten lebhaft diskutiert. Niemand kann heute mit Bestimmtheit sagen, welches Schicksal die Vorlagen der Regierung erleben werden, und die Bestinformierten unter den Abgeordneten wissen nicht mehr, als die gesamte Öffentlichkeit. In den Wandelgängen des Reichstages werden die Chancen für und wider eingehend besprochen, und man zerbricht sich den Kopf, wie die Kombinationen, die nicht zu zählen sind, schließlich ausgehen werden.

Das Zentrum und die Parteien der Rechten haben ihren einstweiligen Widerstand gegen die Erledigung der Wehrvorlage vor der Klarstellung der Steuerfragen zurückgestellt, und sie werden — wenn inzwischen nicht über die Deckung irgend ein Kompromiß erzielt wird — vor Beginn der dritten Lesung ihren Widerspruch geltend machen müssen. Dann würde wenigstens das Zentrum vor die Entscheidung gestellt werden, ob es seine Drohung verwirklichen wird: die Wehrvorlage abzulehnen, so lange nicht die Deckung festgelegt ist. Einstweilen wird aber hinter den Kulissen an der Vorbereitung dieses Kompromisses gearbeitet. Es ist noch reichlich eine Woche Zeit, um eine Lösung zustande zu bringen, wie sie für das Zentrum akzeptabel wäre, das ja nur unter keinen Umständen die Erbschaftssteuer haben will. Es sind also zwei Fragen, deren Beantwortung noch aussteht. Erstens: Wird dieses Kompromiß erreicht? Zweitens: Wird das Zentrum, wenn das Kompromiß nicht zustande kommt, seine Ankündigung wahr machen? Die Antwort auf diese Fragen werden erst die nächsten Wochen geben.

Für die Sozialdemokratie ist die Taktik, die sie zu verfolgen hat, unter diesen Umständen klar vorgezeichnet. Einmal muß sie die Behandlung der Wehrvorlage voranstellen, damit das Zentrum in die Lage kommt, seine Drohung auszuführen. Und dann wird sie durch alle diese Schwierigkeiten und Komplikationen in ihrem Kampf gegen die Rüstungen gestärkt. Die Parteien, die etwa geglaubt haben, daß wir jetzt geduldig abwarten würden, wie das Zentrum sich endgültig entscheide, und im übrigen der Wehrvorlage selbst keinen Widerstand entgegensetzen würden, haben sich also gründlich getäuscht. Der erste Tag der zweiten Lesung wird sie wohl darüber belehrt haben. Mochten sie noch so erbittert sein, daß die Rede des Genossen Noske fast die ganze Sitzung ausfüllte, sie haben doch eingesehen, wie nachhaltig und ernsthaft, wie unbeugsam unser Widerstand gegen die wahnsinnige Rüstungspolitik ist.

Hier und da war man schon ängstlich, noch ehe die Beratung angefangen hatte. Und mancher wies mißtrauisch auf den weichen Kragen hin, den unser Redner angezogen hatte. Das soll wohl eine mehrstündige Bergtour geben — sagte ein besonders feiner Psychologe. Er hat recht behalten, zu seinem und seiner Freunde Entsetzen. Genosse Noske bestieg um 2¼ Uhr die Tribüne und redete unermüdlich bis nach 6½ Uhr. Aber man hätte unrecht, zu glauben, daß es sich hier etwa einfach um eine Obstruktionsrede handeln könnte, die nur lang sein will und auf ihren Inhalt keinen Wert legt. Weit gefehlt! Es ist eine grundsätzliche und, wie man zugeben muß, recht gründliche Erörterung des ganzen Problems. Die Begründung der Vorlage mit der internationalen Lage, mit dem Chauvinismus in Frankreich, mit der Stimmung in Rußland widerlegt er ebenso wirkungsvoll wie die militärtechnischen Vorwände, und er hat trotz der Ausführlichkeit seiner Rede ein aufmerksames Haus. Die Nachweise über das Interesse gewisser Rüstungskapitalisten außerhalb und innerhalb des Reichstags wecken sogar lebhaften Widerhall und zu einem stürmischen Zusammenstoß kommt es als er die unerhörten Äußerungen des Kriegsministers über den Militärboykott bespricht. Seine Rede ist ein kraftvoller Angriff auf den Rüstungspatriotismus und ein mutiges Bekenntnis zu der Politik internationaler Verständigung. Eine sehr erregte Szene gab es nach dem Protest des Kriegsministers, als der Staatssekretär Dr. Delbrück versuchte, das preußische Königswort über die preußische Wahlreform gegen eine Bemerkung unseres Redners in Schutz zu nehmen. Er wurde durch heftige Zurufe aus unseren Reihen belehrt, daß eine derartige Auslegung keinen Beweis bildet gegenüber der Tatsache, daß heute die Wahlreform noch immer nicht durchgeführt ist. Der amtierende Vizepräsident Dr. Paasche gab einen neuen Beweis seiner nationalliberalen Gesinnungstüchtigkeit, indem er auf den Wink des Staatssekretärs noch nachträglich unserem Genossen einen Ordnungsruf erteilte. Den schuldigen Beifall erhielt er dafür von der jubelnden Rechten. — Heute spricht als Erster Herr Erzberger.

Das Erbrecht des Staates in der Budgetkommission.

Am Dienstag trat die Budgetkommission des Reichstags in die Beratung des Erbrechts des Staates ein. Der Staat soll gesetzlicher Erbe werden, wenn Abkömmlinge von den Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur gesetzlichen Erbfolge berufen sind. Die Regierung schätzt die gesamte Einnahme aus dem Erbrecht des Staates auf 20,6 Millionen, von denen rund 15 Millionen dem Reich, der Rest den Bundesstaaten zufallen würden. Das Zentrum beantragte, das Erbrecht des Staates erst bei den Seitenverwandten der fünften Erbrechtsordnung eintreten zu lassen. Die Volksparteiler beantragten, nur zu sagen, wenn Verwandte der vierten Erbrechtsordnung zur Erbfolge berufen sind. — Schatzsekretär Kühn betonte, bei dem vorliegenden Entwurf sei

für die Regierung in erster Linie der finanzielle Grund maßgebend gewesen und er hoffe, daß die Kommission dem auch Rechnung tragen werde. In einer Reihe europäischer und nichteuropäischer Staaten existiere bereits ein Erbrecht des Staates, wenn auch nicht in so weitgehender Weise, wie der Entwurf vorschlägt. Bei den anderen Staaten sei aber das finanzielle Interesse auch ausschlaggebend gewesen. — Abg. Gröber griff den Entwurf ungemein scharf an. Das Zentrum werde versuchen, Anträge durchzudrücken, die verhindern, daß die 15 Millionen, die einkommen sollen, für hübsche Uniformen und für ähnliche Dinge ausgegeben werden. Beschränke man das Erbrecht der Verwandten, dann müsse die daraus erzielte Einnahme auch für allgemein nützliche Zwecke verwendet werden. Der Entwurf berge auch die Gefahr in sich, daß Vermögen der im Auslande verstorbenen Deutschen, die erbberechtigte Verwandte nach dem Gesetzentwurf nicht mehr haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gingen. Erklärte doch die Regierung in der Begründung des Entwurfs selbst, es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß fremde Staaten sich des Nachlasses bemächtigen würden, falls der Entwurf Gesetzeskraft erlange. Die Annahme der Regierung, unter den entfernteren Verwandten herrsche kein Familiensinn mehr, sei grundfalsch. Wäre aber dem so, dann müßte die Regierung alles tun, um den im Schwinden begriffenen Familiensinn zu heben und zu kräftigen, statt die Hände nach dem Erbe entfernter Verwandten auszustrecken. Bemerkenswert sei auch, daß der Adel von dem Erbrecht des Staates nicht betroffen werde, sondern nur die bürgerlichen Familien. Der Adel habe meistens gebundenen Besitz in der Form des Fideikommisses, vor dem dann das Erbrecht des Staates Halt machen müsse. Das sei eine Ungerechtigkeit und eine nicht gutzuheißende Ausnahmestellung des Adels. Wenn der Entwurf jetzt fordere, daß der Neffe wohl den Onkel, nicht aber der Onkel den Neffen beerben könne, so sei das nicht gutzuheißen, auch nicht wenn der Schatzsekretär sage: Ich brauche mehr Geld für den Kriegs- und den Marineminister! — Schatzsekretär Kühn betonte nochmals, daß die Regierungen nur deshalb in das Erbrecht eingreifen wollen, weil Geld eben dringend notwendig sei zur Bestreitung der Rüstungsausgaben. Daß der Familiensinn durch das Erbrecht des Staates geschädigt werden könne, müsse entschieden in Abrede gestellt werden. — Abg. Oertel begrüßte die Darlegungen Gröbers besonders, weil Gröber sich gegen das ganze Gesetz ausgesprochen habe. Die Konservativen lehnen das Erbrecht des Staates grundsätzlich ab. Der Schatzsekretär habe den Entwurf nicht einmal zu verteidigen, sondern nur zu entschuldigen versucht. Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, würden die Konservativen die Leute auf dem Lande draußen instruieren, wie und was sie testieren sollten, wodurch dann die Einnahmen des Reichs auf ein Minimum herabsinken müßten. Die Finanzfragen könnten auf andere Weise zur Lösung gebracht werden; die Konservativen würden zur gegebenen Zeit schon mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten, er (Redner) sei aber nicht so dumm, jetzt schon die kommenden Vorschläge anzudeuten. Weil die Konservativen grundsätzlich das Gesetz ablehnen, würden sie auch keine Abänderungsanträge einbringen.

Genosse Südekum führte aus, der Entwurf könne doch unmöglich als ein Anfang zur Zerstörung des Privateigentums angesprochen werden, oder als Schädigung des Familiensinnes. Höchstens könnte gesagt werden, bestimmte Lustspielfabrikanten würden geschädigt, die bei ihrer Fabrikation von Komödien gleichsam vom Erbonkel gelebt haben. Wenn die Konservativen eine Agitation betreiben wollten, um die Leute anzuhalten, zu testieren, damit der Staat nichts erben könne, so führten sie vielleicht eine Beschränkung der Testierfreiheit herbei. Daran würden sich die besitzenden Klassen mit der Zeit gewöhnen müssen, daß sie ein unbeschränktes Verfügungsrecht über Besitz und Vermögen nicht immer haben würden, und daß ihnen zugunsten der Allgemeinheit Beschränkungen auferlegt würden. Gen. Südekum charakterisierte weiter den Familiensinn gerade der besitzenden Klassen, der eine besonders ideale Grundlage nicht aufweise. Die Sozialdemokratie überschätze die Bedeutung dieses schüchternen Entwurfs nicht, aber es sei ganz gut, wenn Gesetze vorgelegt werden, die der Allgemeinheit und nicht nur einzelnen Leuten zugute kommen sollen. Wenn das Zentrum die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf den Verwendungszweck an seine Seite bringen wolle, werde es sich täuschen. Die Sozialdemokratie habe bei der Militärvorlage durch praktische Anträge gezeigt, daß sie gegen die Uniformkünstlerischen energisch vorgehen wolle; aber gerade Herr Gröber und das gesamte Zentrum hätten dabei versagt. Aus der Regierungsvorlage sei nur das Brauchbare zu machen. Die Sozialdemokraten lehnten es aber ab, die Bestrebungen des Zentrums zu unterstützen, den Entwurf zu einer Farce zu gestalten.

Abg. Junck trat für den Entwurf ein. Sollte der zum § 1 gestellte Zentrumsantrag Annahme finden, wonach der Staat erst an die Stelle der Erben fünfter Ordnung treten solle, dann könne ruhig auf die Weiterberatung des Gesetzes verzichtet werden. — Abg. Graf Mielzynski erklärte namens der Polen, daß sie gegen den Entwurf stimmen würden. — Abg. Gothein verteidigte gegen Zentrum und Konservative das Recht der Gesetzgebung, in die verwandtschaftlichen Verhältnisse jeder Art einzugreifen und sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, das Erbrecht des Staates durchzusetzen. Im übrigen würden die Volksparteiler versuchen, eine stärkere Besteuerung der Erbschaften herbeizuführen. Die Volksparteiler erklären, daß sie ihren Antrag bis zur zweiten Lesung zurückstellen, weil Abg. Gröber den volksparteilichen Antrag wieder aufnahm. — Genosse David wies darauf hin, daß die Volksparteiler nunmehr sehen könnten, welche Gefahr für das Gesetz ihr Antrag bedeute, gegen den sie jetzt, nachdem er ein Antrag Gröber geworden sei, stimmen müßten. Wo bleibe der Familiensinn, wenn fromme Zentrumsleute ihre entfernten Verwandten zugunsten der Kirche erben? Solche Vorstöße gegen den Familiensinn verübige aber das Zentrum, weil das „höhere" Interesse der Kirche vorliege.

Der erste Zentrumsantrag, wie auch der durch das Zentrum aufgenommene volksparteiliche Antrag, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Polen abgelehnt. Die Gesamtabstimmung über den § 1 der Regierungsvorlage wurde auf die nächste Sitzung vertagt, die am Donnerstag abgehalten werden wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Regierung und die Deckungsfrage.

Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau" hat eine vertrauliche Fühlungnahme unter den Verbündeten Regierungen stattgefunden, um eine Stellungnahme zur Reichsvermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichsvermögenssteuer zuzustimmen. Die Mehrheit der Verbündeten Regierungen steht — nach derselben Quelle — auf dem Standpunkt, daß die Deckung der dauernden Ausgaben entweder durch ein Zurückgreifen auf die Regierungsvorschläge, wobei auch weitgehende Abänderungen vorgenommen werden könnten, oder durch Einführung der Erbanfallsteuer gefunden werden muß. Wenn der Reichstag die Erbanfallsteuer beschließt, so wird sie der Bundesrat zweifellos annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Beschlüsse des Reichstags in ihren Grundzügen an die Regierungsvorlage vom Jahre 1908 anlehnen.

Liberale Schmerzen.

Die liberale Presse gebärdet sich außerordentlich verletzt, weil zum Regierungsjubiläum des Kaisers nicht der gesamte Reichstag und der preußische Landtag hinzugezogen wird, beide Parlamente vielmehr nur durch ihre Präsidenten und ihre Schriftführer vertreten sein werden. Besonders ist es die „Nationalliberale Korrespondenz", welche darin eine Mißachtung der Parlamente erblickt. Die nationalliberale Presse hat noch nie ein Wort dagegen zu sagen gewagt, wenn der Reichstag bei wichtigen politischen Anlässen übergangen wurde, hier aber, wo es sich um eine rein höfische Veranstaltung handelt, gibt man dem Schmerz darüber öffentlich Ausdruck, daß man nicht auch in devoter Haltung vor dem Antlitz des Kaisers erscheinen darf. Die verletzten liberalen Herrschaften werden sich allerdings mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie nicht zugelassen werden, denn die Einladungen sind bereits ergangen und zwar in der Form, daß beiden Parlamenten mitgeteilt wurde, daß der Kaiser sich freuen werde, ihre Präsidien bei sich zu sehen. Das Präsidium des Reichstages wird vertreten sein durch die drei Präsidenten, die sechs bürgerlichen Schriftführer und die beiden Quästoren. Die beiden sozialdemokratischen Schriftführer haben es selbstverständlich abgelehnt, an dem höfischen Akt teilzunehmen.

Protestierende Kriegervereinler.

Der Vorstand des Provinzial-Krieger-Verbandes für Schlesien, bestehend aus drei inaktiven Offizieren, erläßt in der „Schlesischen Zeitung" ein Inserat, in dem festgestellt wird, daß in dem Festspiel Gerhard Hauptmanns, das zurzeit in der Breslauer Jahrhunderthalle aufgeführt wird, die Gefühle der alten Soldaten aufs tiefste verletzt werden. Die drei Herren maßen sich an, im Namen von 236 000 Kriegervereinlern zu sprechen, von denen wohl die wenigsten das Festspiel gesehen haben, noch weniger aber um ihr Einverständnis mit dieser Erklärung gefragt sein werden. Bei den Kriegervereinen ist es aber so Sitte, daß die paar Oberbonzen einfach aus eigener Machtvollkommenheit im Namen aller Mitglieder Erklärungen abgeben dürfen. Die Sache selbst büßt dadurch an ihrer wirklich tragikomischen Eigenheit nichts ein.

Schwarze Gemütsmenschen.

Unter der Überschrift „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!" registriert das Wormser Zentrumsblatt, die „Wormser Nachrichten, in seiner Nummer vom Freitag, 6. Juni, einige für sie „sehr erfreuliche Mitteilungen". So erregt es die Freude des frommen Blattes, daß in Toulon ein französischer Torpedobootjäger einen Unfall erlitten hat, indem ein Dampfrohr zerplatzt ist, wodurch die Maschine beschädigt und zwei Matrosen schwer verletzt wurden; außerdem daß in der Pulverfabrik zu Angouleme (Frankreich) es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Leitung wegen der mangelnden Schutzvorrichtungen gekommen sei.

Das fromme Christenblatt schließt freudig erregt: „Einzelheiten solcher Art können in jedem Land vorkommen. In Frankreich häufen sie sich aber mit solcher Schnelligkeit, daß man bei uns daraus ohne Sorge das angenehme Gefühl schadenfroher Beruhigung herleiten darf."

Abgesehen von der abgrundtiefen Roheit der Gesinnung, die in dieser christlichen Freude über Unglücksfälle zum Ausdruck kommt, wäre wohl die Frage angebracht, ob dieses „angenehme Gefühl schadenfroher Beruhigung" das Zentrum nicht veranlassen sollte, gegen die Wehrvorlage zu stimmen. Es kann doch keine Notwendigkeit bestehen, gegen einen so vom Unglück verfolgten „Erbfeind" weitere Hunderttausende Soldaten auf die Beine zu stellen, zumal sich ja nach der frommen Theorie vom „Finger Gottes" zeigt, daß der Allmächtige gegen die Franzosen ist und der wird wohl allein mit ihnen fertig werden. Oder nicht?

Das Kindersaugflaschengesetz abgelehnt.

Die vom Reichstag eingesetzte Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs über Kindersaugflaschen hat am Dienstag den Regierungsgesetzentwurf abgelehnt, da der Entwurf von keiner Seite Zustimmung fand.

Landtagsnachwahl in Elsaß-Lothringen.

Die Nachwahl im Landtagswahlkreise Brumath, die am Sonntag stattfand, brachte dem Zentrumskandidaten Delle 3095 Stimmen. Auf den liberalen Kandidaten Dr. Hoffetter entfielen 3061 Stimmen. Im ersten Wahlgange hatten erhalten: der Zentrumskandidat 2853, der liberale Kandidat 2225 Stimmen, während auf den sozialdemokratischen Kandidaten Schott 838 Stimmen entfallen waren. Unsere Parteigenossen gaben für den zweiten Wahlgang die Parole aus, für den liberalen Kandidaten zu stimmen. Da in der Stichwahl der liberale Kandidat nur zwei Stimmen weniger erhielt als im ersten Wahlgange Sozialdemokraten und Liberale zusammen, so ist anzunehmen, daß die sozialdemokratischen Wähler vollzählig für den liberalen Kandidaten gestimmt haben. Wenn es dem Zentrumskandidaten trotzdem gelungen ist, das Mandat zu holen, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß in den katholischen Orten noch Reserven vorhanden waren, die infolge der in den letzten Tagen betriebenen leidenschaftlichen Agitation an die Wahlurne gebracht wurden. In bezug auf religiöse Verhetzung ist bei diesem Wahlkampf alles getan worden, was getan werden konnte.

Der Landtagswahlkreis Brumath gehört zu den umstrittensten Kreisen in Elsaß-Lothringen. Bei der Wahl im Oktober 1911 hatte der Zentrumskandidat im zweiten Wahlgange 3095 Stimmen erhalten, während auf den liberalen Kandidaten 3054 Stimmen entfielen. Damals betrug also der Unterschied 41, diesmal 38 Stimmen.

Ein Weg aus dem Großblockwirrwarr in Baden.

Aus Baden schreibt man dem „Hamb. Echo":

Die Frage, ob es notwendig sei, daß bei den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen Liberale und Sozialdemokraten schon im ersten Wahlgange zusammengehen, um eine klerikal-konservative Mehrheit zu verhindern, ist nach längeren Verhandlungen von den Beteiligten im verneinenden Sinne entschieden worden. Dafür hat man einen Weg gefunden, der ebensogut wie der Großblockweg zum Ziele führt, ohne dessen Nachteile für die beteiligten Parteien zu haben.

Es handelt sich darum, in solchen Kreisen, in denen die Wackertaktik angewandt werden kann, das heißt, wo Liberale und Sozialdemokraten um den Sitz ringen, zu verhindern, daß durch Zentrumsunterstützung der liberale Kandidat gleich im ersten Wahlgange siegt, so daß ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. Es soll jetzt vereinbart werden, daß in den Wahlkreisen Lahr-Stadt, Heidelberg Land, Heidelberg Eberbach, Schwetzingen und Mannheim-Land sowohl die Nationalliberalen wie die Fortschrittler eigene Kandidaten aufstellen. Diese Kreise sind jetzt in unserm Besitze. Lahr und Heidelberg-Eberbach eroberten wir 1909 in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen, während wir in Heidelberg-Land und Schwetzingen die Unterstützung der Nationalliberalen und Fortschrittler erhielten. Mannheim-Land war uns schon im ersten Wahlgange zugefallen. Der Kreis ist für uns durch die Eingemeindung einiger Orte mit Mannheim jetzt weniger sicher geworden, so daß mit einer Stichwahl gerechnet werden muß. Das Stimmenverhältnis war in diesen fünf Kreisen folgendes:

Es erhielten Stimmen:

	Soziald.	Nat.-Lib.	Freis.	Zentr. Kom.
Lahr-Stadt	974	905	—	198
Heidelberg-Land	2215	1320	115	1384
Heidelberg-Eberbach	1502	1309	601	956
Schwetzingen	1975	694	645	1686
Mannheimm	2541	602	383	1278

Der zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen geplante Kleinblock hatte vorgesehen, daß die Nationalliberalen den Fortschrittlern die Kreise Schwetzingen und Eberbach ausliefern sollten. Die Opposition der Nationalliberalen in den betreffenden Kreisen und die Erkenntnis, daß die Sozialdemokraten dann im Oberland, wo die Liberalen auf unsere Hilfe gegen das Zentrum angewiesen sind, schwerlich geschlossen für die Liberalen im zweiten Wahlgange an die Urne gebracht werden könnten, hat sie unsern Forderungen geneigt gemacht. Zum 21. Juni hat der Landesvorstand einen außerordentlichen Parteitag nach Freiburg eingerufen, der zu der Wahltaktik Stellung nehmen soll. Um die gleiche Zeit tagen Nationalliberale und die Fortschrittler zu dem gleichen Zweck.

Balkan.

Die Lage zwischen Bulgarien und Serbien hat sich wieder außerordentlich verschärft. In Belgrad fand Montag ein mehrstündiger Ministerrat statt. Wie verlautet, wurde von dem Ministerrat der Text der Note redigiert, durch die von der bulgarischen Regierung eine bündige Antwort verlangt wird, ob sie einer Revision des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zustimme oder nicht und ob und wann sie die verabredete Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Saloniki zu beschicken gedenke. Die Note soll der bulgarischen Regierung überreicht werden.

Das bulgarische Regierungsorgan „Mir" sagt in Besprechung der Haltung Serbiens: Die Serben suchen den Krieg. Unter diesen Umständen bleibt für Bulgarien ein Mittelweg nicht mehr übrig. Die bulgarische Regierung muß unverzüglich die Räumung der Gebiete der nicht bestrittenen Zone verlangen und muß bis zur Fällung des Schiedsspruches in alle Ortschaften der bestrittenen Zone Truppen entsenden, die den serbischen an Zahl entsprechen.

Die gegenwärtige Situation hat in politischen Kreisen Rumäniens große Bewegung hervorgerufen. Man rechnet in maßgebenden Kreisen damit, daß Rumänien seine frühere Neutralität nicht bewahren könne, falls es zu einem Kriege zwischen Bulgarien und Serbien kommen sollte.

Die „Neue Freie Presse" erklärt: Ein Kollektivschritt der Mächte wird in allerkürzester Zeit erfolgen. Zurzeit finden zwischen den Großmächten Verhandlungen über die Modalitäten der Vermittlung statt. Man nimmt an, daß die Mächte in den allernächsten Tagen in Sofia, Belgrad und Athen ernste Mahnungen zum Friedensschluß geben werden.

Die bulgarische Armee ist mit ihren Operationstruppen an der serbisch-mazedonischen Grenze aktionsbereit.

Marokko.

Neue Unruhen. Wie berichtet wird, hat Raisuli die spanischen Außenforts von Arzila genommen. Dabei habe es mehrere Tote und Verwundete gegeben. Drei Kompagnien des Regiments Estremadura seien von Algeciras nach Larrasch abmarschiert, während die Regimenter in Ceuta Befehl abwarten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 11. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Achtung, Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter! Die Kollegen im Bezirk Reinfeld sind am Montag, dem 9. d. Mts., in den Streik getreten. Keiner darf sich durch Inserate nach dorthin verlocken lassen.

Der Zweigvereinsvorstand.

b. **Gewerbegericht** am 10. Juni. Das Hochofenwerk läßt sich in bestimmten Zeitabschnitten immer wieder vom Gewerbegericht bescheinigen, daß gegen die juristisch fein ausgetüftelte Arbeitsordnung jede Klage vergebens ist. Zu den fortgeschrittenen Arbeitern zählen die dort tätigen Leute nicht, am Dialekt läßt sich leicht erkennen, aus welch kulturell zurückgebliebenen Gegenden sie herangelockt wurden. Aber trotz der Zufriedenheitspredigten, mit denen die Schäfchen auch Sonntags eingelullt werden, gibts doch hin und wieder eines, das vom Stamme abweicht und sein Recht suchen will. Leider vergebens. In allen Fällen, die wir bis jetzt vom Hochofenwerk hörten, bestätigt sich, daß „Rechtempfinden" noch lange nicht „Recht haben" ist. In der Not soll selbst der Teufel Fliegen fressen, was Wunder, wenn sich auch mal ein in Lübeck Wohnhafter nach Rückniß verirrt. Heute waren zwei Kläger, die einbehaltenen Lohn forderten. Der eine wurde zu Zementarbeiten angestellt, mußte aber in die Steinarbeitenabteilung. Da ihm diese Arbeit als ehemaligem Bäcker zu schwer war, legte er gegen seine Verwendung Einspruch ein. Als dieser nichts fruchtete und er endlich diese Arbeit ablehnte, wurde ihm gesagt: „Wenn Sie nicht arbeiten wollen, dann scheren Sie sich nach Hause." Diesen Rat befolgte der Mann, mußte andern Tags jedoch die Enttäuschung erleben, daß er kündigungslos die Entlassung genommen habe und folglich keinen Anspruch auf die einbehaltenen 6 Arbeitstage habe. Dieser Betrag verfällt der „Wohlfahrtskasse". Die rechtliche Schuld trifft freilich den Arbeiter, da er die Papiere verlangt hatte, denn vor dem Gewerbegericht wurde ihm plausibel gemacht, daß jeder Arbeiter der Weisung seiner Vorgesetzten zu folgen habe. Er zog deshalb seine Klage als aussichtslos zurück. Ein anderer Kläger steckte stets zuviel im Vorschuß. Abschlagszahlungen werden wohl gewährt, doch soll der Kläger über Gebühr hinaus solchen gefordert haben. Da ihm kein Vorschuß gegeben wurde, er diesen nach seiner Angabe aber notwendig brauchte, um leben zu können, steckte er das Handwerk auf. Auch dieser Kläger lechzt vergebens nach dem 6-Schichten-Lohn. Zwar wurde der Streitfall vertagt, um die Akten vom Hochofenwerk durchzusehen, doch ist kein Zweifel, daß auch dieses Geld heidi ist und der „Allgemeinheit" auf dem Werke zugute kommt. — Darlehen oder Vorschuß? Ein gewesener Maurermeister W. in Schwartau arbeitete bei seinem früheren Geschäftsfreunde Sch. gegen 42,60 Mk. Wochenlohn. Im Dezember forderte W. zweimal 10 Mk. Darlehen. Die erste Anleihe verlor W. am selben Abend wieder an seinen Meister beim Knobeln. Die zweite soll nach dem Ausspruche des Klägers nur 5 Mk. betragen haben. Kurz und gut, W. arbeitete bis im Mai weiter, ohne daß ein Abzug erfolgte, der auch, wenn es sich wirklich um Darlehen und nicht um Vorschuß handelt, wie der Beklagte behauptet, nicht vom Lohne erfolgen durfte. Als die Freundschaft in die Brüche ging, wurde das „Darlehen" einbehalten, trotzdem der Kläger noch von früher her Gegenforderungen geltend machte. Gepumpte Gelder können höchstens im Wege der Privatklage eingefordert werden, sind auch nur vom Lohne pfändbar, wenn dieser 1500 Mk. übersteigt. Dies ist beim Kläger trotz seines hohen Wochenlohnes nicht der Fall, da er nicht das ganze Jahr hindurch vollbeschäftigt ist. Die beiden einigen sich auf 10 Mk. Den Rat des Richters, sich nun wieder die Hand zu reichen und auch die alten Rechnungen gegenseitig auszulöschen, will sich W. erst noch überlegen. — Drei Mark als Geschenk! Bei der Wach- und Schließgesellschaft versuchte der Arbeiter R. sein Heil. Er gibt an, mit 95 Mk. Monatslohn angestellt zu sein, während der Direktor behauptet und sich vom Oberinspektor eid- lich bestätigen läßt, daß diese Anstellungsbedingung wohl dem Kläger empfohlen worden sei, dieser jedoch einen derartigen Vertrag abgelehnt und gefordert habe, den anderen gleichgestellt zu werden. Diese arbeiten für 3,50 Mk. „Tage"-lohn, ohne Kündigung. Er war für den Roeschlschen Lagerplatz zur Bewachung ausersehen, seine Entlassung erfolgte bald nachher, weil er sich als untauglich erwiesen habe. Nun fordert R. für 9 Tage, bis zum Wiederfinden neuer Arbeit, 27 Mk. Da es sich um einen Irrtum des Klägers handelt, empfiehlt der Vorsitzende, ihm 3 Mk. als Geschenk zuzuweisen, womit beide Teile einverstanden sind.

b. **Schöffengericht** am 10. Juni. Ein schönes Frühstück in Form von zwei dicken Enden Wurst lag heute auf dem Gerichtstisch. Ein Stück soll der Schlachtergeselle W. in einem Schlachterladen von der Auslage weggestibitzt haben, kurz nachdem die Frau es ausgestellt hatte. Als der Kriminalschutzmann Haussuchung abhielt, wurde ein solches übereinstimmendes Wurstende gefunden, trotzdem W. vorgab, keine Wurst im Hause zu haben. Da der Angeklagte überführt ist, der Frau schon einmal ein Stück Speck gestohlen zu haben, wird ihm auch das Wurstklauen zugetraut. Mit 2 Wochen Gefängnis ist der Schaden geheilt. — Eine Probefahrt auf fremdem Fahrrad unternahm der Schlossergeselle Sch. in Siems. Darauf versteckte er das Rad unter einer Hecke und brachte es später nach Lübeck. Auf 3 Wochen Gefängnis lautet das Urteil. — Fehlerhafte Emaillegeschirre nahm ein bei Thiel beschäftigter Arbeiter H. weg. Sie waren etwa 5 Mark wert. Einige Kleinigkeiten warf der Mann in die Wakenitz, als er Entdeckung wähnte. Er wird zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. — Holz für die neue Ehe mußte der Arbeiter H. haben. Dessen Schwiegervater hatte von einem Techniker die Erlaubnis erhalten, beim alten Zollschuppen morsche Balken von der Rampe wegzunehmen. Dazu wurde der Himmelfahrtstag ausersehen; bei diesem Abbruchgeschäft halfen der Schwiegervater des H. — St. — mit und die Arbeiter P. und Hü. Der mitgebrachte Karren ließ in seinem mangelhaften Zustand eine feste Lagerung nicht zu. Abhilfe ließ sich dadurch schaffen, daß mit in der Nähe liegenden Brettern der Wagen ausstaffiert wurde. Diese gehörten einem Arbeiter, der sie gekauft hatte und dort vorläufig lagerte. 16 Stück im Werte von 6 Mk. wurden „um die Balken gewickelt" und mit diesen zusammenschnürt. Deshalb wurde H. zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Die drei andern Angeklagten erhielten wegen Beihilfe je 2 Tage Gefängnis. Außerdem werden sämtliche Angeklagte zu je 2 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie an einem Festtage öffentlich sichtbare Arbeit ausgeführt hatten. — Unterschlagung. Das Geld für vereinnahmten Bücherverkauf am Bahnhof vergaß im Jahre 1911 der Kellner B. — der zurzeit in Magdeburg in Untersuchungshaft sitzt — abzuliefern. Er wird wegen Unterschlagung von etwa 14 Mark zu 12 Tagen Gefängnis verurteilt. = 203 Monate im Arbeitshaus. Fast unglaublich klingt das Strafregister des gelernten Schiffszimmermanns Th. Außer 56 Vorstrafen wegen Betteins und verschiedener anderer kleiner Delikte saß der Mann zwölfmal im Arbeitshaus. Es ist ja leicht erklärlich, daß so ein armer Teufel nach der Entlassung sich nicht so bald an „freie" Arbeit gewöhnen oder solche finden kann, und das nächstliegende ist dann wieder der Bettel. Er wird erwischt, wenn er um die Ecke streift und so wiederholt sich das elende Dasein im Zwangshaus. Bei einer genauen Prüfung fänden sich gewiß bei diesem und jenem Momente heraus, die auf einen Defekt schließen lassen, der selbst durch ewige Einkerkerung nicht aus der Welt geschafft werden kann, wie Figura beweist. Angeborene Faulheit straft sich durch sich selbst, nur nicht immer mit staatlichem Zwang, sonst müßte manch einer, der auf Kosten anderer lebt, von Gesetzes wegen zu praktischer Tätigkeit angehalten werden. Wenn Th. die 4 Wochen wegen Betteins abgerissen hat, wird er wieder bei den Korrigenden Einkehr halten und der Staat hat nach einem „Verbrecher" weniger zu fahnden. — Ordentlich gerupft und dann flott gelebt. Zwei junge Burschen haben es verstanden, einem Klempnerlehrling beim Kleinmachen des väterlichen Vermögens behilflich zu sein. Der 15jährige Bengel steckte das Sparkassenbuch seines Vaters ein, doch da er auch ahnte, daß ihm von dem auf 670 Mk. lautenden Betrage wohl schwerlich eine größere Summe ausgehändigt würde, leistete ihm der Arbeiter R. dabei Hilfe. Dieser sorgte dafür, daß in kurzer Zeit das Sparguthaben auf 213 Mk. zusammenschmolz. Ein Teil wurde dem Lehrling ausgehändigt: doch behielt R., nachdem er zum erstenmal die Freude des Geldbesitzes gekostet hatte, das Buch in der Tasche und holte auf eigene Faust weitere Beträge. Mit dem Gelde verliebte er sich in ein Freudenmädchen, dem gegenüber er als Kavalier auftrat und dem er auch die Heirat versprach und es zu diesem Zwecke mit 70 Mk. aus dem Bordell auslöste. Auch hübsche Kleider schaffte R. für die Zukünftige an. Im Freudentaumel wurde er verhaftet, während die Betreite nach Leipzig reiste. Einem Kameraden O. des jugendlichen Langenichtlies gab R. 80 Mark, die dem Lehrling überbracht werden sollten. O. zog es jedoch vor, mit dem Gelde nach Hamburg zu fahren und es in einer Nacht zu verjubeln. R. wurde für diesen bodenlosen Streich zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und O., der erst 2 Monate wegen eines Vergehens im Kittchen saß, „drohte" vor dem Urteilsspruch mit Einlegung der Berufung. Er erhält 3 Monate Gefängnis. — Die Gesindeordnung verlangt von den Dienstboten, daß sie vor dem Antritt der Herrschaft ihr Dienstbuch zur Unterschrift vorlegen. Ein 18jähriges Mädchen war krank geworden — wie es angibt, wegen schlechter Kost. Nach 14tägigem Krankenhausaufenthalt bedurfte es laut ärztlichen Attestes noch weiterer Pflege, doch soll sie ohne definitiver Aufgabe des Dienstes anderwärts Stellung angenommen haben. Wegen Übertretung der Gesindeordnung sollte das Mädchen [illegible] Mk. Strafe bezahlen, gegen die richterliche Entscheidung beantragt wurde. Nach dem Urteil bleibt es bei der polizeilich festgesetzten Strafe.

Handelsregister. Am 10. Juni 1913 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Villeroy u. Boch in Wittlach, Zweigniederlassung in Dänischburg: Die Gesamtprokura des August Noack und des G. Brüning, beide in Wadgassen, ist erloschen. Dem Fabrikdirektor A. Noack in Wadgassen ist Prokura erteilt; 2. bei der Firma Hintze u. Stech in Lübeck: Dem K. F. H. Stech in Lübeck ist Prokura erteilt; 3. bei der Firma Joh. Froh in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 4. bei der Firma F. Ausborn in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns F. Schneider, Inhabers der Firma L. Lange in Lübeck, Königstraße 71, ist am 10. Juni 1913, nachmittags 12 Uhr 20 Min. das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Paul Brehmer III wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Das Zeppelinluftschiff „Hansa" trifft, wie man uns schreibt, am kommenden Sonntag nachmittag in Lübeck ein. Bei Verabredung der für Sonntag beabsichtigten Fahrt ist der sportlichen Leitung des Lübecker Vereins für Luftfahrt nicht bekannt gewesen, daß am Sonntag früh Gottesdienste anläßlich des Kaiserjubiläums stattfinden und dadurch viele verhindert sein würden, der Landung und dem Wiederaufstiege des Luftschiffes beizuwohnen. Die neuerdings stattgefundenen Verhandlungen mit dem Führer des Luftschiffes, Herrn Diplomingenieur Dörr, haben erfreulicherweise das Resultat gezeitigt, daß die Fahrt nunmehr am Nachmittage erfolgen wird und zwar ist die Abfahrt des Luftschiffes für Sonntag nachmittag 4 Uhr beabsichtigt. Die Landung dürfte somit etwa um 6 Uhr erfolgen können und wird diese Nachricht sicherlich von Lübecks Bewohnern freudig begrüßt werden, ist doch nunmehr allen Gelegenheit gegeben, der Landung beizuwohnen. — Hoffentlich gibt sich nun auch für die Beteiligung an der Fahrt das erforderliche Interesse kund, damit die nötige Passagierzahl für die beiden Fahrten ab Hamburg nach Lübeck und ab Lübeck nach Hamburg, jede von mindestens zweistündiger Dauer, aber trotzdem zu den bekannt gegebenen, bedeutend ermäßigten Preise, zusammenkommen und das Luftschiff, wie bei den beiden vorjährigen Fahrten, auch dieses Mal voll besetzt wird. Anmeldungen von Passagieren werden schleunigst bei Herrn Möller, Israelsdorfer Allee 13a, erbeten.

Ausstellung des Vereins für Aquarien- und Terrarienkunde. Wir weisen nochmals auf die am Freitag, den 13., Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. Juni stattfindende Ausstellung hin. In dem schönen „Wintergarten" sind die Behälter in den hinteren Räumen vorzüglich untergebracht. Gleich beim Eintritt sieht der Besucher große, schön bepflanzte Gesellschaftsaquarien, in denen sich fremdländische Zierfische tummeln. Daran schließen sich Aquarien, die mit je einer Fischart wie Makropoden, Barben, Schwertfische, Kampffische, Labyrinthfische, Maulbrüter und vielen anderen besetzt sind. Außerdem sind unten noch ausländische Molche ausgestellt. Oben sind in systematischer Ordnung die Behälter mit einheimischen Tieren untergebracht. Von den Reptilien sind besonders die Schlangen bemerkenswert. Unsere Giftschlange, die Kreuzotter, ist in schönen Exemplaren vertreten, ferner alle vier giftlosen deutschen Schlangen, die Ringelnatter, Schlingnatter, Würfelnatter und Aeskulapnatter. Recht vollzählig sind Eidechsen, von den Amphibien auch Salamander, Molche, Frösche, Kröten und Unken vorhanden. Die einheimischen Fische fehlen auch nicht. Dank der Unterstützung des hiesigen Lehrerseminars, der Realschule z. Dom, der St. Lorenz-Knabenmittelschule und des Schülervereins für Naturkunde am Katharineum ist auch die niedere Tierwelt sehr schön vertreten. In einer Reihe von Aquarien sind die Insekten, Krebstiere, Schnecken, Muscheln u. a. Tiere des Süßwassers untergebracht. — Da zahlreicher Besuch zu erwarten ist, empfiehlt es sich, die Ausstellung schon an einem der beiden Wochentage zu besuchen. Am Sonntagvormittag wird die unterelbische Vereinigung für Aquarien- und Terrarienkunde, 10 Hamburger Vereine, die Ausstellung in Augenschein nehmen. Die Ausstellung ist am Freitag von 11 Uhr, an den anderen beiden Tagen von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet. Die Schulen haben von 8 Uhr morgens Zutritt. — Am Freitagabend um 9 Uhr hält Herr Blohm einen Vortrag über „die Schlangen unserer Heimat", am Sonnabendabend spricht Herr Schermer über „Leben und Treiben im Dorfteich". Für die Besucher, welche die Ausstellung abends besichtigen, sind die Vorträge frei.

pb. **Verhaftet.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Tilsit, der gestern abend in der Königstraße vom Hausflur ein Fahrrad gestohlen hat.

pb. **Schwindler.** Bei einem hiesigen Glasermeister erschwindelte sich ein Unbekannter 2 Glasdachpfannen.

Kücknitz - Siems. Parteiversammlung. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet diesmal ausnahmsweise schon am Sonnabend, den 14. d. M. statt. Genosse Bromme wird einen Vortrag über „Ferdinand Lassalle und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" halten. Außerdem wird sich die Versammlung mit dem Parteitag zu Jena beschäftigen. Wegen der wichtigen Tagesordnung sollte kein Genosse fehlen.

---

w. **Mölln.** Herr Tamke, seines Zeichens Hofbesitzer und durchgefallener nationalliberaler Landtagskandidat für die Landtagswahlkreise Stormarn und Lauenburg hatte am Montag wieder einmal Krach mit seinen, von ihm mit Vorliebe beschäftigten ausländischen Arbeitern. Schon im vorigen Jahre, dem ersten, in welchem Herr Tamke hier wohnt, fiel es der hiesigen Arbeiterschaft auf, daß der Neuzugezogene hauptsächlich ausländische Arbeiter beschäftigt, eine bisher hier nicht beachtete Eigenheit, und noch mehr fiel den hiesigen Arbeitern auf, daß Tamke mit diesen Arbeitern verschiedentlich Auseinandersetzungen hatte, bei welchen der Knüppel die Hauptrolle gespielt und spielen sollte. Als diese Vorliebe nun in einer Wählerversammlung von unseren Rednern angedeutet und Tamke durch Zwischenrufe auf diese Vorkommnisse hingewiesen wurde, erklärte er, daß er im Vorjahre ausnahmsweise mit seinen ausländischen Arbeitern Malheur gehabt, bei ihm sei hier gut arbeiten, sonst — früher seien diese Arbeiter mit ihm sehr zufrieden gewesen und dieses Jahr solle es besser werden. Am Montag sah man verschiedentlich Damkesche Arbeiter mit der Polizei nach Tamke und wieder zur Stadt gehen, die weiblichen Arbeiterinnen saßen im Quartier, der Streik soll mit der Abreise verschiedener Arbeiter geendet haben. In der angegebenen Versammlung erklärte Genosse Wagner Herrn Tamke, daß die ausländischen Arbeiter nur deshalb mit Vorliebe beschäftigt würden, weil sie sich noch eine Behandlung gefallen ließen, für welche ein hiesiger Arbeiter allerdings nicht mehr zu haben sei; pathetisch lehnte Herr Tamke diese den Aufhetzung zeugenden Motive ab, die Landwirtschaft sei auf diese Arbeiter angewiesen, da hiesige Arbeiter nicht zu haben seien. Nach dem Vorkommnisse am Montag möchten wir die Frage stellen, hatten die Arbeiter minder Schuld oder hat dieses Jahr Herr Tamke wieder Malheur?

Hamburg. Eine Feuersbrunst, die sich durch ihren glutroten Schein weithin bemerkbar machte, äscherte letzte Nacht das Holzlager des Baugeschäfts von H. Höger, nahe beim Hammer Deich, total ein. Der umfangreiche Lagerplatz, der mit zahlreichen Haufen Bau- und Grubenholz vollgestapelt war, liegt eingeschlossen von einer ländlich anmutenden Gegend. — Auf tragische Weise zu Tode gekommen ist Sonntag nachmittag ein junges Mädchen aus Hamburg auf einer Tour nach der Heide bei Fischbeck. In fröhlichster Stimmung setzte man sich in der Heide nieder, um die mitgebrachten Mundvorräte zu verzehren. Hierbei wurde allerlei Allotria getrieben und dem jungen Mädchen, das ein kaltes Beefsteak mit Brot verzehrte, geriet dadurch ein Stück Brot in die Luftröhre. Da sich das Brot dort festklemmte und ärztliche Hilfe nicht so schnell zur Stelle war, erstickte das Mädchen. Die Leiche wurde mit einem Auto in die elterliche Wohnung nach Hamburg gebracht.

Apenrade. Die Jahresrevue der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig. Ueber die Art, wie die Dänen in Nordschleswig den Kampf gegen die preußische Unterdrückungspolitik führen, wird uns von dort geschrieben: Die Hauptwaffen der Dänen in diesem Kampf sind die drei großen Vereine: Sprachenverein, Schulverein und Wahlverein. Jeder dieser Vereine unterhält ein dichtes Netz von Unterabteilungen und dadurch eine ständige und direkte Verbindung mit aller Schichten der Bevölkerung. Sie halten alljährlich gemeinsam ihre Generalversammlungen ab, in denen in voller Oeffentlichkeit Rechenschaft abgelegt wird über die im Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Die Tagung dieser Vereine hat sich im Lauf der Zeit zu einem Massenmeeting entwickelt, zu dem das dänische Volk aus allen Gegenden des Landesteils zusammenströmt. Gerade die Massenbeteiligung verleiht der Versammlung den Charakter einer imponierenden Demonstration gegen die preußische Gewaltpolitik, und hat in agitatorischer Beziehung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das diesjährige Liecring fand am Sonnabend und Sonntag in Bredebro statt und nahm seinen Anfang mit der Generalversammlung des Sprachenvereins. Dieser hat in den 32 Jahren seines Bestehens zur Erhaltung dänischer Kultur Staunenswertes geleistet. Seine Tätigkeit liegt auf geistigem Gebiet, sie besteht in der Verbreitung dänischer Literatur durch Errichtung und Unterhaltung von Volksbibliotheken. Von solchen unterhält er gegenwärtig 163, die über den ganzen Landesteil zerstreut liegen und in ständiger Verbindung mit einer großen Zentralbibliothek stehen. Der Schulverein macht sich der dänischen Bevölkerung dadurch nützlich, daß er durch Unterstützungen verschiedener Art jungen Nordschleswigern den Besuch reichsdänischer Volkshochschulen und Fachbildungsinstitute ermöglicht. Die Tätigkeit des Wahlvereins liegt auf politischem Gebiet. Er erledigt die Vorarbeiten und betreibt die Agitation für jede Wahl zu einer gesetzgebenden Körperschaft, zum Reichstag, Landtag sowie zu den Stadt- und Gemeindevertretungen. Und daß er seine Sache versteht, haben die letzten Landtagswahlen gezeigt. Nach den Generalversammlungen hielt Reichstagsabg. Hanssen einen Vortrag über die politischen Ereignisse der letzten Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Nordschleswig. Den Schluß der Tagung bildete eine große Volksversammlung, in der 4500 Personen anwesend waren. Im allgemeinen nahm die Jahresrevue einen guten Verlauf. Sie hat gezeigt, daß das Dänentum sich auf der ganzen Linie in der Entwicklung befindet, trotz der Zwangspolitik der preußischen Administration und der chauvinistischen Bestrebungen der sogenannten Nordmarkpatrioten.

Helgoland. Sturm. Hier herrscht schwerer Westsüdwest[illegible] Stärke 7 bis 8 und sehr grobe See. In der letzten Nacht hatten wir gewaltige Hagelschauer. Das Eisengerüste der neuen Hafenmauer des Kriegshafens wurde von den Wogen weggefegt. Der Sturm nimmt an Stärke zu, in der offenen See ist er noch stärker.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 10. Juni.

Auftrieb 4600 Schweine. Markt rege.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,— bis 52,00), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,— bis 65,00 (51,— bis 52,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67,00 bis 68,00 (52,50 bis 53,00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67,— bis 68,00 (52,50 bis 53,00), geringere Ware. Tara 24 Proz., 60,— bis 66,— (45,50 bis 50,00), Sauen. 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59,— bis 60,— (47,— bis 48,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 55,— bis 58,— (43,— bis 45,—).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.

Vorstands-Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Juni

abends 8½ Uhr

(30) **Der Vorstand.**

Wie gratoliert **Karl Dürkop,** Verdesstr. to sien 25jähriges Jubiläum. (4517

Ob he sik woll wat marken lät!

Danksagung.

Allen denen, die meiner lieben Frau und meiner Kinder treusorgende Mutter die letzte Ehre erwiesen, den Sarg so reich mit Kränzen schmückten, besonders dem Vorstand und meinen Mitarbeitern der Bäckerei Genossenschaftsbäckerei, dem Pastor Stülken für seine trostreichen Worte unsern innigsten Dank. (4533

Johannes Heick und Kinder.

Gesucht junges Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei. (3) Fackenburg, Segebergstr. 43, I.

Gesucht zur Aushilfe für die Wochen eine ältere Frau oder Mädchen tagsüber bei 3 Kindern. Ang. unter **K K** an die Exp. d. Bl. (4525

Gesucht zu sofort (4526

Frauen z. Lumpensortieren

Waisenhofstraße 25.

Gesucht zu sofort ein ordentl. Junge beim Milchwagen. (4) Engelsgrube 28.

Welcher edelm. Mensch gibt einem Familienvater, welcher wegen Knöchelbrüchigkeit die schwere Arbeit nicht verrichten kann, leichte Arbeit. Gefl. Angebote unter **P S** an die Exp. d. Bl. (4532

Schuhmacher

sofort gesucht auf dauernde Arbeit bei **C. Schulz,** Bülowstraße 5.

Zu möbl. Vorderzimmer

Bettgänger.

Tangenstraße 45, II.

Zum 1. Juni eine kleine Wohnung mit Zubehör zu vermieten.

Meine Straße 10.

Gesucht zum 1. August d. J. eine kleine 3-Zimmer-Wohnung. Mögl. Mitte der Stadt. Angebote unter **F G** an die Exp. d. Bl. (4521

Gesucht zum 1. August eine 3-Zimmer-Wohnung vorm Holstentor. Angeb. mit Preis unter **R J** an die Exp. d. Bl. (4520

Moderne Wohnungseinrichtungen kaufen Sie

billig im neuen Möbellager

Kronsforder Allee 100.

Gasofen zu verkaufen.

J. Westphal, Klempner, Engelsgrube 66.

Eine Drehmacher-Hobelbank, ein neuer Sommerrock, ein Sommerhut, ein Sommerjacken und ein Herrenrock zu verkaufen. (4519

Genin, im Genner Garten.

Ein Herren-Fahrrad

zu verkaufen

Alte Straße 12 a, vorn.

Ein fast neuer Kinderwagen, Gummiräder auf Kugel, 10 Mark, zu verkaufen.

Wakenitzstraße 12, I.

Einige Fuder gute Erde zu verkaufen.

Johannisstraße 41, II.

Schreibtisch, Kasten, Stuhl, Bettgestelle, Matratzen, Kommode, Waschtisch zu verkaufen.

St. Gertrudenstraße 30, II.

Hühnerhaus zu verkaufen.

Marienstraße 35, vorn.

Um gef. zahlreiche Beteiligung, erscheint, zu kaufen gesucht. Ang. Preisangabe unter **T P** an die Exped. d. Bl. (4522

Plakate

für

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 betr. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln

sind zum Preis von 50 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Johannisstraße 46.

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg 3978

Mit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit steigt auch die Kindersterblichkeit, weil Brechdurchfälle und Darmkatarrhe dann häufiger auftreten. Jede Mutter, die ihr Kind mit der Flasche nährt, sollte darum beizeiten der Kuhmilch einen Zusatz von „Kufeke" geben, denn diese Nahrung beugt in wirksamer Weise solchen gefährlichen Säuglingskrankheiten vor. (4509

Gedenkblatt

zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

und deren Kolporteure.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom siegenden Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Der Verkauf von (4534

Tapeten u. Borden

findet **nur** bis 30. Juni in den Räumen

Untertrave 44|45 statt.

Vorteilhafte Gelegenheit.

Immer mehr Freunde

erwirbt sich Ragoda

das selbsttätige Waschmittel

bestbewährt und billig, **daher der große Erfolg.**

Bis Ende 1914 **zur Einführung** gegen Gutschein von 5 Pfd. eine Schere usw., von 10 Pfd. 1 Paar la. Messer und Gabel usw. überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg. (230

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moislinger Allee 60.

Arbeiter-Bildungs-Verein

Lübeck

Theatervorstellung

im Stadthallentheater

am Donnerstag, dem 19. Juni

abends 8¼ Uhr präzise:

Kater Lampe.

Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

Preis der Karte 40 Pfg. inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt **am Mittwoch, dem 18. Juni,** von 7—9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.

Die Teilnehmer werden dringend ersucht, zur Vermeidung von Störungen während der Vorstellung ¼ Stunde vor Beginn im Theater anwesend zu sein.

4472) **Der Vorstand.**

Karten an den bekannten Stellen.

Bienenfleiß
enthält dieselben Bestandteile
Bienenfleiß
hat denselben Nährwert
Bienenfleiß
hat denselben Geschmack wie
ECHTER BIENENHONIG

Bienenfleiß
enthält keine minderwertigen Surrogate
Bienenfleiß
enthält nur beste deutsche Honiggarten u. Raffinade
Bienenfleiß
konkurriert nicht mit Kunsthonig sondern mit echtem Bienenhonig
Bienenfleiß
ist erhältlich in allen Geschäften der Nahrungsmittelbranche.

(4508)

Leere Farbetonnen

vorrätig.

Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Sozialdemokrat. Frauen Lübecks.

Versammlung

am Donnerstag, dem 12. Juni

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vorlesung von Gedichten.
2. Besprechung unserer Ausflüge.
3. Verschiedenes.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen

4528) **Die Einberuferin.**

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.

2) Ende 12 Uhr.

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Donnerstag, den 12. Juni:
Die erfolgreichste Lustspielnovität:
Die Generalsecke.

Freitag, den 13. Juni:
Auf vielseitigen Wunsch:
Hasemanns Töchter.

In Vorbereitung zum Kaiserjubiläum:
Der wilde Reutlingen.

Titelrolle: Arno Hoß.
Baronin: Selma Wuttke.
Der alte Fritz: Ernst Albert.

4523) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134. Mittwoch, den 11. Juni 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 10. Juni 1913.

158. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Dr. Liebknecht (SD.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignatz Jakubik aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Nikka von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den oberschlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation im administrativen Wege — angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit (Katorga) — verurteilt worden ist.

Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?

Geheimrat Lentze: Das Auswärtige Amt hat von der Verhaftung des erwähnten preußischen Staatsangehörigen erst Kenntnis erhalten, als ihm die Anfrage zuging. Es sind sofort durch den preußischen Grenzkommissar und den kaiserlichen Generalkommissar in Warschau nähere Erkundigungen über den Vorfall eingezogen worden. Nach dem telegraphischen Bericht hat der Bergarbeiter Jakubik gegen eine russische Verordnung verstoßen, indem er in Rußland Gelder zu Streikzwecken sammelte. Infolgedessen ist er in dem russischen Grenzort verhaftet und es ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt und keine anderen Folgen als die Ausweisung haben wird. Für möglichste Beschleunigung des Verfahrens ist Sorge getragen.

Dr. Haegy (Els.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter dem Namen „Malzwein" in jüngster Zeit ein Produkt in den Verkehr gebracht worden ist, welches sich als eine täuschende Nachahmung von Wein darstellt. Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Irreführung des Konsumenten und schwere Gefährdung des Weinbaus und des reellen Weinhandels zu tun?

Direktor v. Jonquières: Es ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß Mißbrauch mit einem derartigen Getränk getrieben worden ist. Verurteilungen wegen Verfälschung von Wein haben in mehreren Fällen stattgefunden. Die Frage, ob besondere Maßnahmen zum Schutze des Weinhandels notwendig sind, beschäftigt die maßgebenden Stellen.

Es folgt die

zweite Beratung der Wehrvorlage.

Bei der Debatte über Artikel 1 werden die von der Kommission beschlossenen Resolutionen mit zur Diskussion gestellt. Nur die Resolutionen über die Militärjustiz sollen später geändert verhandelt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen:

Dem von der Kommission eingefügten § 3a: „Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes werden, soweit militärische und wirtschaftliche Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten zu Übungen einberufen" hinzuzufügen: „Die Übungszeiten müssen so gelegt werden, daß die Einberufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen."

Ferner folgenden Artikel 1a einzufügen: „Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet. Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft."

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags den Artikel 1a zu fassen: „Die Bestimmungen der Reichsmilitärgesetze, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben."

Endlich als Artikel 1b einzufügen: „Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden."

Noske (SD.): Das Vorspiel von gestern abend war sehr lehrreich. Wenn die Patrioten zahlen sollen, dann sind die von ihnen vorher als so außerordentlich dringend hingestellten Forderungen auf einmal nicht mehr dringend. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten bestreiten überhaupt, daß die von den bürgerlichen Parteien und der Regierung angenommene Gefahr für das Reich besteht. Eine Kriegsgefahr zwischen großen europäischen Kulturnationen hat tatsächlich nicht bestanden, sondern nur durch die Treibereien und Hetzereien von Rüstungsinteressenten ist eine Beunruhigung geschaffen worden, die aber infolge der Entlarvung der Rüstungsinteressenten abgeflaut ist. Wer bedroht denn die Sicherheit des Deutschen Reichs? Bei den rauschenden Festen, die mit geradezu verschwenderischer Pracht gefeiert wurden, während Hunderttausende nicht satt zu essen haben (Sehr wahr! bei den Soz.), wurde durch den Besuch des Königs von England und des russischen Zaren erwiesen, daß eine politische Spannung nicht besteht. Angeblich sollen die Balkanereignisse die Sicherheit Deutschlands verringern. Nun, man hat nie behauptet, daß die Türkei uns bedroht hätte, und die anderen Balkanstaaten sind durch ihre Uneinigkeit, vor allem aber durch die schweren Verluste an Menschen und die finanzielle Schädigung infolge des Krieges auf lange hinaus verhindert, etwa die militärische Macht Oesterreich-Ungarns in bedeutenderem Maße zu verringern. Die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen konstatieren wir mit Genugtuung und erkennen auch, so wenig wir sonst den Reichskanzler rühmen, sein Verdienst an dieser Besserung an. Eine neue Hetze will man damit begründen, daß England die drei von Kanada angebotenen Kriegsschiffe nun selbst baut, aber diese drei Schiffe waren schon vor Monaten bei der Erörterung eines festen Verhältnisses zwischen den Kriegsschiffen Englands und Deutschlands mitgerechnet. Die deutsche Politik England gegenüber ist friedliebend; allerdings würde die Position der Friedensfreunde noch verstärkt, wenn die englische Regierung auf diese drei Schiffe verzichten würde. Die Offiziösen haben ja auch ihre Gründe gewechselt, nicht mehr im Süden, sondern im Osten, sollte der Hauptfeind stehen. In Rußland ist der Wille des Zaren das oberste Gesetz. Nun, als letzthin der Kaiser und der Zar Küsse tauschten und die Berliner Gardetruppen aufgeboten wurden, um den Zaren vor dem Ausbruch der wahren Gefühle des Volkes zu bewahren, hat sich die preußische Garde als ganz ausreichend erwiesen! Die starke revolutionäre Stimmung in Rußland bürgt aber sowohl für die Fortdauer unserer Gefühle für den Zaren, als auch dafür, daß uns von dort keine Kriegsgefahr droht. Deshalb soll jetzt die Gefahr vom Westen drohen. Die Rüstungsmaßregeln in Frankreich und Rußland sind aber doch nur die Antwort auf diese deutsche Heeresvorlage. Wir Sozialdemokraten haben immer betont, daß das gegenseitige Wettrüsten eine nennenswerte Verschiebung der Machtstellung der Staaten gegen einander ausschließt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man tischt uns Schauergeschichten auf vom französischen Chauvinismus, während das französische Volk lediglich von banger Sorge erfüllt ist vor einem deutschen Angriff. Diese Sorge ist ungerechtfertigt, aber sie ist vorhanden. Vor dem Auftauchen dieser Heeresvorlage hätte kein französischer Minister es wagen dürfen, dem französischen Volk die dreijährige Dienstzeit wieder zuzumuten. Der französische Chauvinismus wird eine kolossale Verstärkung erfahren, wenn diese Vorlage angenommen und die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wieder eingeführt wird. Während in Frankreich aus dem Volk kein Soldat mehr wie bisher herausgeholt werden kann, macht man bei uns diese kolossale Heeresvermehrung, erweckt dadurch in Frankreich die an sich unbegründete Sorge vor einem deutschen Angriff und so hat die Regierung und haben diejenigen, die diese Vorlage bewilligen, die Verantwortung dafür zu tragen, daß in Frankreich die dreijährige Dienstzeit eingeführt und der zweite Jahrgang einbehalten wird. Die breiten Massen des französischen Volkes protestieren aber voll Empörung gegen diese Maßregeln, sie sind weit entfernt von Revanchegelüsten, wovon unsere Chauvinisten freilich nichts sagen, und die französische Sozialdemokratie kämpft ebenso wie wir mit ganzer Kraft gegen die Rüstungstreibereien und den Chauvinismus. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Unbegreiflich ist es, daß angesichts der außerordentlich lebhaften Protestbewegung in Frankreich, die nicht einmal vor den Kasernentoren Halt gemacht hat (Lebh. Sehr richtig! und Bravo! bei den Soz.), die bürgerlichen Parteien an der Rüstungsvorlage nicht nur festhalten, sondern sogar die Nationalliberalen die geringe Streichung der Kommission bei der Kavallerie wieder rückgängig machen wollen. Dabei hat dieser Tage die „Nationalzeitung" geschrieben, daß von einer kriegerischen Gefahr von der Westgrenze her gar keine Rede sein könne. Der offiziöse „Temps" hat bestätigt, daß lediglich die deutsche Regierung den Anlaß zu den neuen Rüstungen in Frankreich gegeben hat, und in der französischen Kammer ist in der Debatte über die dreijährige Dienstzeit eine Friedensversicherung der anderen gefolgt. Das kann uns doch genügen! Eine offizielle Erklärung Frankreichs, daß es die Annexion Elsaß-Lothringens als etwas Unabänderliches hinnimmt, wäre nur eine wertlose Formsache und eine neue Demütigung. Man versteht es ja sonst, auf offizielle Erklärungen Verzicht zu leisten, haben wir doch bisher nichts von einem regelrechten Verzicht der Kumberländer auf Hannover gehört. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir sollten die Verbesserungen der Beziehungen zwischen zwei Ländern doch nicht davon abhängig sein lassen, ob die Herrscher heiratsfähige Kinder haben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Man hat die Berner Konferenz verhöhnt und das christliche Zentrum hat sich ferngehalten, aber sie war doch der erste und wohl gelungene Versuch, eine Verständigung zwischen den beiden Kulturvölkern herbeizuführen. Niemand im deutschen Volke hätte einen Vorteil von einem Krieg und ebenso ist es in Frankreich. Die Siege von 1870/71 haben dem Proletariat Blutopfer, Hunger und Arbeitslosigkeit, den Offizieren und Generälen Orden, rasches Avancement, Dotationen, den Soldaten aber, die mit heilen Knochen heim kamen, — den Dank des Vaterlandes gebracht. Und eine weitere Folge war der Skandal, daß man Jahrzehnte lang die Veteranen bittere Not leiden ließ. Noch jetzt hat das mächtige Deutsche Reich zwar mehrere Milliarden für neue Rüstungen bereit, aber nicht Geld genug, um den bitteren Kummer von ihren Türen fernzuhalten. Als die deutschen Arbeiter einen Teil des Segens, der infolge der Kriegsentschädigung den deutschen Kapitalisten zufloß, für sich herausholen wollten, hat man sie zwölf Jahre lang unter das Schandgesetz gestellt! Das deutsche Volk ist empört darüber, daß trotz unserem Verlangen die deutsche Diplomatie nicht den bescheidensten Versuch gemacht hat, eine Rüstungsverständigung mit Frankreich herbeizuführen. Wenn man wenigstens die beiderseitigen Rüstungsvorlagen um ein Jahr zurückgestellt hätte, so wäre das schon etwas gewesen, aber auf alle Fragen, was man getan habe, schwieg der Staatssekretär in der Kommission mit erbarmungswürdiger Hilfslosigkeit. Deutschland als der Sieger und der Stärkere würde sich nichts vergeben, wenn es den ersten Schritt machte. Freilich, die deutsche Regierung setzt sich immer in das ungünstigste Licht und wird darum einen solchen Schritt der in Frankreich ein starkes Echo finden würde, nicht tun. Dem amerikanischen Präsidenten sind von Italien, Argentinien, selbst von Rußland auf einen solchen Vorschlag zustimmende Antworten gegeben worden, nur von der deutschen Regierung hört man wieder nichts. Der Reichstag sollte die Verhandlung über die Wehrvorlage solange aussetzen, bis die Regierung sich bereit erklärt, zur Schaffung besserer Beziehungen zwischen den Kulturvölkern beizutragen; gibt die Regierung eine solche Erklärung nicht ab, so müßte der Reichstag die Vorlage ablehnen; dadurch würde dem Frieden am besten gedient. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Durch einen solchen Vertagungsbeschluß des Reichstages würde auch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich zunächst verhindert. Ich beklage es auf das tiefste, daß die bürgerliche Mehrheit sich zu einem so vernünftigen Standpunkt nicht aufraffen wird. Nun zu den Einzelheiten der Vorlage. Das verbündete Oesterreich denkt nicht daran, seine Rüstung seiner Volkszahl entsprechend auf denselben Umfang zu bringen, es müßte sonst sein Heer um 261 000 auf 660 000 Mann vermehren und seine finanziellen Lasten kolossal steigern. Die österreichische Regierung schätzt die internationale Lage als

---

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wie . . . . später? Und warum? Und warum denn? Was willst du nur damit sagen . . .?"

„Später, sage ich dir . . . wenn du erwachst von diesem schwarzen und verwünschtem Traum, in den ich dich gestürzt . . wenn du zur Welt zurückkehren und ihre so leichten und süßen Wonnen teilen wirst . . . wenn du endlich nicht mehr ein Engel bist, sondern wieder auf die Erde hinabsteigst.

Ja, ja, wenn ich von dem Egoismus abgestumpft und von der Fäulnis der Schmeichelei angefressen sein werde! . . . Das ist es, was du sagen willst und du mir hellsehend wünschest — in deinem wilden Stolz glaubst du mich nicht fähig, deine Ideen anzunehmen und dein Herz zu verstehen. O, sagen wir es frei heraus, Heinrich, — du findest mich deiner nicht würdig . . .!"

„Deine Worte sind furchtbar, Marcella . . . Doch wir dürfen nicht länger in diesem Kampfe verharren . . . laß mich fliehen, denn wir können uns jetzt doch nicht verstehen."

„So willst du mich verlassen?"

„Nein, ich verlasse dich nicht — fern von deiner Gegenwart werde ich dich im Geiste betrachten und dich vergöttern im Geheimen meines Herzens . . . ich werde ewig, ewig leiden, doch mit der Hoffnung, daß du mich wirst vergessen. . . . mit der Gewissenspein, deine Liebe gewünscht und gesucht, doch auch wenigstens mit dem Troste, nicht feige sie mißbraucht zu haben."

Marcella hatte sich erhoben, um Heinrich zurückzuhalten. Doch gebrochen sank sie auf ihre Bank.

„Warum wünschtest du mich denn zu sehen?" fragte sie kalt und beleidigt, als sie sah, wie er sich entfernte.

„Ja," antwortete er, „du hast Ursache, es mir vorzuwerfen — es ist eine letzte Feigheit meinerseits. Ich fühle es . . . und ich gab dem Wunsche nach, dich noch einmal zu sehen . . . Ich hoffte, dich als eine andere wiederzufinden. . . Dein Schweigen ließ es mich glauben . . . ich war von Kummer verzehrt und glaubte in deiner Kälte Kraft zu finden, davon zu genesen. Warum bin ich gekommen? Warum liebst du mich? Bin ich nicht der gröbste, der undankbarste und wildeste und hassenswerteste aller Männer? Doch es ist besser, wenn du mich so siehst und weißt, daß du bei meinem Verlust nichts zu beklagen brauchst . . . so ist es besser. Und habe ich nicht wohl daran getan, zu kommen?"

Heinrich sprach wie im Fieberwahnsinn — seine ernsten, klaren Züge waren entstellt und seine gewöhnlich sympathische und weiche Stimme hatte einen matten harten Klang, der dem Ohre weh tat. Marcella sah wie er litt, doch die eigene Qual wühlte so heftig in ihrem Innern, daß sie zu ihrer gegenseitigen Erleichterung nichts zu sagen und nichts zu tun vermochte. Mit krampfhaft verschlungenen Händen und starrem Körper verharrte sie in ihrer Stellung — regungslos und stumm und bleich wie eine Marmorstatue.

Doch als er hinausgehen wollte, wandte Heinrich sich um — er sah sie so . . . er kehrte zurück . . . er sank zu ihren Füßen nieder und bedeckte sie mit Küssen und bitteren — Tränen . . .

„Lebe wohl . . ." stammelte er schmerzbewegt, „lebe wohl, du schönste und reinste aller Frauen . . . du beste aller Freundinnen . . . du größte und göttlichste aller Geliebten! . . . Möchtest du ein Herz finden, würdig deiner keuschen Seele . . . einen Mann, der dich liebt, wie ich dich liebe, und der dir eine andere Mitgift mitbringt als Entmutigung und Abscheu vor dem Leben! . . . Möchtest du wohltun und glücklich sein, ohne den Kampf um ein Dasein führen zu müssen, wie es mir das Schicksal auferlegt! . . . . Und endlich, wenn in der Welt, in der du lebst, nur eine Spur von Aufrichtigkeit und menschlicher Nächstenliebe vorhanden ist — möchtest du sie wieder beleben mit deinem göttlichen Atem und vor Gott Gnade finden für deine Kaste und dein Jahrhundert, die nur du allein würdig bist, zu erlösen."

Nachdem er gesprochen, stürzte Heinrich hinaus, wie von Furien verfolgt, — er vergaß die Verzweiflung, in der er Marcella zurückließ.

Noch lange stand die Baronin von Blanchemont so da — wie versteinert. Und als sie endlich in ihre Wohnung zurückkehrte, ging sie mit langsamen Schritten in ihrem Zimmer auf und ab bis zu dem ersten Flimmern des Frührotes — ohne eine Träne zu vergießen, ohne die Stille der Nacht zu stören durch einen müden, gepreßten Seufzer . . . .

Es wäre verwegen, behaupten zu wollen, diese Witwe von 22 Jahren, schön, reich, und in der Gesellschaft gefeiert wegen ihrer Geistesgaben und ihrer göttlichen Anmut, habe sich nicht bis zu einem gewissen Grade gedemütigt gefühlt und sich entrüstet, ihre Hand ausgeschlagen zu sehen von einem Manne ohne Geburt, ohne Vermögen und ohne jede Berühmtheit. Der beleidigte Stolz dieser jungen Frau hatte wahrscheinlich allen ihren Mut verdrängt — in den ersten Augenblicken. Bald aber gab ihr der wirkliche Adel ihrer Gefühle ernstere Gedanken ein und zum erstenmal warf sie einen forschenden Blick auf ihr eigenes Leben und auf das allgemeine Leben der Wesen, die sie umgaben. Sie erinnerte sich an alles, was Heinrich ihr zu einer anderen Zeit gesagt — wo sie nur eine hoffnungslose Liebe kannte. Sie mußte sich wundern, daß sie die Gedanken dieses wirklich aufrichtigen jungen Mannes nicht so recht im Ernst genommen — Gedanken, die sie damals für romantische Ideen gehalten. Sie begann ihn mit jener Ruhe zu beurteilen, die ein hochherziger, starker Wille dem Herzen selbst in den heftigsten Erregungen wiederzugeben vermag. Und mit den langsam verstreichenden Stunden der Nacht, die sich die fernen Turmuhren in dem nächtlichen Schweigen der schlummernden Großstadt zuriefen mit heller, silberner Stimme, gelangte Marcella allmählich zu jener Klarheit des Geistes, die eine lange Sammlung der schmerzdurchwühlten Seele verleiht.

Obwohl nach anderen Grundsätzen erzogen als Lemor, war sie dennoch in gewisser Hinsicht dafür prädestiniert, die Liebe dieses Plebejers zu teilen und zu ihm ihre Zuflucht zu nehmen, um aller Langeweile und aller traurigen Öde des aristokratischen Lebens zu entgehen — sie war eine jener zärtlichen und doch starken Seelen, die das dringende Bedürfnis empfinden, sich aufzuopfern und kein anderes Glück auszudenken vermögen als das, mit dem sie ihren armen Mitmenschen auf Erden Trost spenden. Unglücklich in ihrer Häuslichkeit und gelangweilt in der Gesellschaft, hatte sie sich mit dem romanhaften Vertrauen des jungen Mädchens jenem Gefühl hingegeben, das sie bald zu der Religion ihres Herzens erhoben. In ihrer Jugend von aufrichtiger Frömmigkeit, konnte sie nicht anders, als sich leidenschaftlich begeistern für einen Geliebten, der die Zweifel ihres Gewissens achtete und ihre Keuschheit vergötterte. Selbst das Mitleid hatte sie in dieser Liebeskeuschheit aufgestachelt und den ungestümen Wunsch in ihr wachgerufen, sie durch unauflösliche Bande zu heiligen, sobald sie frei geworden. Mit glücklicher Freude hatte sie gedacht, alles, alles zu opfern — die weltlichen materiellen Interessen und die engen Vorurteile der Geburt, die nie ihr Urteil getrübt. Sie glaubte viel zu tun, das arme Kind . . . und in der Tat war es auch viel, denn die Welt hätte sie getadelt und verspottet. Nicht aber hatte sie vorausgesehen, daß dies noch nichts war, und daß der edle Stolz des Plebejers ihr Opfer zurückstoßen würde — fast wie einen Schimpf.

Von Lemors entsetztem Schmerz und Widerstand plötzlich erleuchtet, ließ Marcella alles durch ihren betrürten Geist gehen, was sie von der sozialen Krise wußte, in der unser Jahrhundert zuckt. In den hohen Regionen des Gedankens ist den Frauen unserer Zeit nichts mehr fremd — ohne affektiert oder lächerlich zu erscheinen, können von nun an alle nach dem Grade ihrer Intelligenz täglich Lektüre jeder Gattung treiben: Zeitung oder Romane, Philosophie, Politik oder Poesie, offizielle Reden oder intime Gespräche — sie können

Gefährdung ihrer Grenzen bei weitem nicht so hoch ein wie die deutsche Regierung. Ueber die grundsätzliche Stellung des sozialdemokratischen Drittels der gesamten deutschen Wählerschaft brauche ich kein Wort zu sagen. Man wirft uns böswillig vor, wir wollten das Vaterland wehrlos machen, unsere Programmforderung „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit" geht aber viel weiter als die irgend einer bürgerlichen Partei. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien machen erst jetzt bescheidene Versuche mit der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, sie versündigen sich aber an der Wehrhaftigkeit des Volkes auf das allerärgste durch die Rückständigkeit auf sozialpolitischem Gebiete. Muß doch die Hälfte aller jungen Männer als militäruntauglich zurückgestellt werden. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst bei der geforderten Mehraushebung rechnet man auch in Zukunft noch mit 42 % Untauglichen. Das ist die skandalöse Folge des Wohnungselends, des Mangels eines ausgiebigen Mutterschutzes und Schutzes der Jugend gegen die kapitalistische Ausbeutung. Schon die jungen Burschen von 14 Jahren müssen in die Tretmühle der Fabrik. Die Rekrutierungsziffer ist die Quittung über die Versündigung an der proletarischen Jugend. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Systematisch wird darauf hingearbeitet, daß große Teile des Volkes sich nur ganz ungenügend ernähren können. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen Lebensmittelwucher und Wohnungselend hat mehr zur Wehrhaftigkeit beigetragen, als alles, was die bürgerlichen Parteien getan haben. Dafür werden die Arbeiter-Turnvereine und die Arbeiterjugendbewegung in der schändlichsten Weise drangsaliert. Wir Sozialdemokraten verlangen die Schaffung eines Volksheeres anstelle eines stehenden Heeres. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aus einer Heeresorganisation, die in jeder Hinsicht den Interessen der Besitzenden angepaßt ist, wollen wir ein Instrument machen, das lediglich den Zwecken der Landesverteidigung dient. Nun sagen ja auch Sie, Sie wollten den letzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes herausholen. Damit könnten wir uns einverstanden erklären, wenn an ein Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht gedacht wird. Die Vorlage aber bedeutet letzten Endes nur eine gewaltige Verstärkung des militärischen Systems, das durchaus volksfeindlich und kulturhemmend wirkt. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wenn ich mich nun zu den eigentlichen Forderungen der Vorlage wende, so ist meine Position deshalb ungünstig, weil ein großer Teil der Kommissionsverhandlungen als vertraulich bezeichnet worden ist. Man will eben den Eindruck erwecken, als ob wer weiß was für Geheimnisse noch dem Volke verschleiert werden, die die Heeresverstärkung nötig machen. Von Militärschriftstellern wird die Stärke des französischen Heeres übertrieben. Man verschweigt, daß in den angeblich 581 000 französischen Kombatanten mindestens 46 000 enthalten sind (Verwaltungsbeamte, Gendarmen, Militärschüler), die in unserem Sinne nicht Kombatanten sind. Eine riesige Ueberlegenheit hat das deutsche Heer über das französische und russische durch die hohe Zahl der Offiziere und namentlich der langgedienten Unteroffiziere. Bei der Gegenüberstellung mit Rußland muß die Heeresverwaltung die geringe Zahl der russischen Unteroffiziere zugeben, sie meint aber, 1918 könne das Verhältnis schon ganz anders sein. Gewiß die russische Regierung bemüht sich, aber die elenden Schulverhältnisse Rußlands machen es unmöglich. Ueberhaupt kann das russische Militärmaterial gar nicht mit dem deutschen verglichen werden. Auch die Zahlen der russischen Soldaten, die in Asien festgehalten werden, sind viel zu gering veranschlagt. Die Vorlage will nun die Belastung durch den persönlichen Dienst außerordentlich verstärken. Lange Zeit galt als Grundsatz, daß 1 % der Bevölkerung im stehenden Heere Dienst zu tun habe. Jetzt geht man weiter darüber hinaus. In der Marine dienten bisher 72 000 Mann; nach Durchführung des Flottenprogramms wird die Zahl sehr schnell 100 000 erreichen. Nach Durchführung der Heeresvorlage werden mindestens 1,3 % der Bevölkerung dauernd unter Waffen stehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das bedeutet eine so kolossale dauernde Schädigung des Volkswohlstandes, daß schon aus diesem Grunde die bürgerlichen Parteien mit einer viel größeren Zurückhaltung der Vorlage hätten gegenübertreten müssen. Ausländische Arbeiter werden in Massen dadurch ins Land gezogen. Für eine Sperrung der Grenzen gegen ausländische Arbeiter haben wir uns niemals ins Zeug gelegt, aber der Erkenntnis verschließen wir uns nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse großen Schaden hat, wenn dauernd kulturell niedrig stehende ausländische Arbeiter herangezogen werden, die den Unternehmern willkommen sind, weil sie billig sind. Die Entziehung von Arbeitskräften durch die Heeresvermehrung wird für den wirtschaftlich schlecht gestellten Kleinbauern sehr schwer zu tragen sein. Als Ersatz für den großen Schaden kann unmöglich der geringe Betrag für die Familien angesehen werden, von denen mehrere Söhne dienen. Ihnen kann nur durch eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit geholfen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In dem Augenblick, wo die Regierung innerhalb zwei Jahren eine Vermehrung von 120 000 Man fordert, mußte die Frage auftauchen, ob wir die nötige Zahl der jungen Leute überhaupt zur Verfügung haben. Die bejahende Erklärung der Regierung muß Mißtrauen begegnen. Ein sprunghaftes Indiehöhegehen der Tauglichkeitsziffer hat sich bei Neuforderungen immer gezeigt. Nach der Einstellung der geforderten 73 000 Mann sollen noch 75 000 Taugliche überzählig sein. Diese Angabe der Regierung wird wieder zu neuen Rüstungstreibereien führen. Aber es steht fest, daß die Zahl der Psychopathen im Heere sehr groß ist, daß Leute ausgehoben worden sind, die einen Unfall erlitten haben, und denen selbst während der Militärdienstzeit Unfallrente gezahlt worden ist. (Hört, hört!) Ich fürchte, daß man in Zukunft noch mehr Schwierigkeiten gegen Anträge auf Befreiung vom Militärdienst aus wirtschaftlichen Gründen erheben wird. Die Bedenken, ob nach einer Reihe von Jahren der erforderliche Ersatz von Rekruten noch vorhanden sein wird, sind keineswegs zerstreut; denn ganz unzweifelhaft geht die Geburtenziffer in Deutschland zurück. Die Forderungen der Regierung sind von den bürgerlichen Parteien fast restlos bewilligt worden. Alle Oppositionslust ist verschwunden, und lediglich drei Reiterregimenter sind dem Rotstift zum Opfer gefallen. Als das Zentrum die Streichung einer Anzahl Offiziers- und Unteroffiziersstellen forderte, erhob sich in manchen Kreisen des bürgerlichen Deutschlands ein großes Geschrei: Das dürfe die Regierung sich nicht gefallen lassen, sie müsse den Reichstag auflösen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Vom etatrechtlichen Standpunkt aus war dieser Streichungsantrag des Zentrums nur selbstverständlich, da es sich um Stellen handelte, die doch nicht sofort besetzt werden konnten. Dem Zentrum ist es jedenfalls besonders angenehm, daß die Regierung nun jedes Jahr von neuem kommen muß, um Offiziere zu fordern. Das gibt gewünschte Gelegenheit, Geschäfte für das Zentrum dabei zu machen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Nationalliberalen haben natürlich wieder Beseitigung dieser Streichung beantragt. Ich hoffe aber, daß dieser Uebereifer im Reichstag kein Entgegenkommen finden wird. Die Notwendigkeit der Verstärkung des Schutzes an der Ostgrenze begründet man damit, daß Rußland dort sehr viel größere Truppenmassen aufgehäuft habe als Deutschland. Aber ein großer Teil dieser russischen Truppen sind nur Polizeisoldaten. Auch sind die Eisenbahnverbindungen und die Wege in Rußland viel schlechter ausgebaut, als in Deutschland. Man hat viel Aufhebens davon gemacht, daß Rußland eine Menge Lastautomobile angekauft hat. Es fragt sich nun, wie lange diese fahren können, ohne im Dreck stecken zu bleiben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir wollen auch die Ausbildung des letzten Mannes für den Dienst im Volksheer. Das ist aber nur möglich auf Grundlage einer wesentlich verkürzten Dienstzeit. Gewiß sind heute die technischen Hilfsmittel im Heerwesen zahlreicher geworden, aber ein großer Teil der Leute, die aus der Industrie kommen, ist das Arbeiten an komplizierten Maschinen gewöhnt. Um die Verkürzung der Dienstzeit zu ermöglichen, muß aller überflüssiger Kram wegfallen. Noch immer werden bei einzelnen Garderegimentern Griffe nach friderizianischer Art geübt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Solcher Kremmel muß aufhören. Die Soldaten sind nicht zum Spielzeug für allerhöchste Herren da. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Vor allem liegt gar kein Grund vor, die Söhne des Volkes länger in den Kasernen zu halten als die Bourgeoissöhne. Der Kriegsminister hat in der Kommission gestanden, den Angehörigen der besitzenden Klassen könne man nicht zumuten, zwei Jahre zu dienen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Aber die breiten Massen des Volkes sollen das Vergnügen haben, nicht nur die schweren finanziellen Lasten zu tragen, sie sollen auch noch überflüssige ein, zwei Jahre länger in der Kaserne dienen. Wenn der Deutsche Reichstag den festen Willen zu einer solchen Reform hätte, würde sie sicher auch in Frankreich beschlossen werden. Über die Mannschaftsverstärkung ist in der Kommission von bürgerlicher Seite überhaupt nicht geredet worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Nur über die Vermehrung der Kavallerie wurde debattiert. Die Ansichten über den Wert der Kavallerie gehen auch unter den Militärs weit auseinander. Nur die Remontezüchter haben Interesse an der Kavallerievermehrung. Es wäre interessant festzustellen, wie viel von den in Betracht kommenden 16 Millionen in die Tasche konservativer Wähler fließen. Die beweglichen Klagen der Liberalen über die Zusammensetzung der Offizierkorps in den Kavallerieregimentern rühren uns Sozialdemokraten weniger. Solange das liberale deutsche Bürgertum es ganz in der Ordnung findet, daß tüchtige Männer aus dem Volke lediglich ihrer sozialen Stellung oder religiösen Anschauung wegen überhaupt nicht Offizier werden können, mag das Bürgertum seinen Streit über die adligen Regimenter allein ausfechten. Die Kavallerie ist durch die technischen Fortschritte jedenfalls als Schlachttruppe ausgeschaltet. Der Kriegsminister nannte sie allerdings Auge und Arm des Feldherrn und sprach den Flugzeugen nur geringen militärischen Wert bei. Als es sich aber um die Vermehrung der Luftflotte handelte, redete er in ganz anderen Tönen. (Hört, hört! bei den Soz.) Seine Fähigkeit im Umlernen haben wir ja wiederholt bewundern können. Wenn man die Kavallerie für den Grenzschutz notwendig hält, so soll man ihre Regimenter an die Grenze verlegen. Es würde für Pillkallen sicher einen großen Aufschwung bedeuten, wenn die Rathenower Husaren dorthin verlegt würden. Ein ulkiges Argument gegen die Verlegung der Garderegimenter war, als man erklärte, man könne doch die Kasernen nicht leer stehen lassen. Dabei wäre der Verkauf einer Anzahl Kasernen Berliner Garderegimenter ein glänzendes Geschäft. Es ist bedauerlich, daß so geniale Erfindungen wie die Zeppeline nicht der Überbrückung der Gegensätze zwischen den Völkern im Kulturinteresse dienstbar gemacht werden, sondern daß man nur deshalb soviel für sie ausgibt, weil man glaubt, sie in den Dienst der Menschenvernichtung stellen zu können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen ist der militärische Wert der Luftfahrzeuge durchaus bestritten. Aber geschäftstüchtige Leute haben gefunden, daß sich mit dem Bau von Flugzeugen große Profite machen lassen. Das zeigt der Prospekt der Atlaswerke. In ihm heißt es, daß Bestellungen bereits in sicherer Aussicht seien. (Hört, hört! bei den Soz.) Nach dem Exempel von Krupp sucht eine Flugzeugfabrik jetzt einen ehemaligen Offizier mit guten Verbindungen als Vertreter. (Hört, hört! bei den Soz.) Dem Gründungsausschuß der Atlaswerke gehören übrigens an der konservative Reichstagsabgeordnete v. Böhlendorff-Kölpin, der Landtagsabgeordnete Freiherr v. Zedlitz und Graf Posadowski. (Hört, hört! bei den Soz.) Wer hat den Herren die großen Bestellungen mit reichem Gewinn in sichere Aussicht gestellt? Ich frage direkt: Sind die Herren mit der Regierung in Verbindung getreten? Haben zwischen ihnen und der Regierung verbindliche oder unverbindliche Verhandlungen stattgefunden? (Zuruf bei den Soz.: Das ist Geschäftsgeheimnis! Heiterkeit.) Die Herren werden dankbar für diese Frage sein. Denn es muß um der Reinlichkeit der politischen Moral willen festgestellt werden, ob von Mitgliedern des Gründungsausschusses, die gleichzeitig parlamentarische Mandate haben, ihr Amt mißbraucht worden ist. (Zuruf bei den Soz.: Korruption! — Vizepräsident Dove rügt diesen Zuruf.) Die Heeresverwaltung, die sich modernen Ideen sehr zugänglich erweist, soweit es sich um die Schaffung neuer Zerstörungswerke handelt, ist beim Intendanturwesen Reformen um so unzugänglicher. Hier wird immer auf die dreimal geheiligte Tradition verwiesen. Dabei hat die Intendantur im Ernstfalle stets versagt. So z. B. im deutsch-französischen Kriege. Und ebenso noch vor wenig Jahren bei der Ausrüstung des Expeditionskorps nach Südwestafrika, wo mit dem Geld der Steuerzahler ganz unverantwortlich gewirtschaftet worden ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die zahlreichen Stellen für gutbezahlte Offiziere sind offenbar nur angefordert, um das Avancement für die Offiziere zu verbessern. Natürlich wird der Kriegsminister das bestreiten. Und die Aufwendungen für Pensionierungen im Heere haben 109 576 000 Mark betragen, bei der Marine 11 687 000 Mark; bei sämtlichen Zivilbeamten aber nur 4 610 000 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber diese große Säge macht noch nicht genügend Luft für die Nachdrängenden und diesem Drängen hat die Heeresverwaltung nun nachgegeben. An neuen Unteroffizierstellen werden 15 000 gefordert. Man tut aber nichts, um die Unteroffiziere von dem Schreibwerk zu entlasten, mit dem sie heute in großem Umfange belastet sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir wünschen eine weitgehende Demokratisierung des gesamten Heeres. Es wird so oft gefordert, es muß dafür Sorge getragen werden, daß den Tüchtigen der Aufstieg zu allen Ämtern ermöglicht wird. Die Heeresverwaltung müßte mehr als jede andere darauf bedacht sein, alle alten Zöpfe abzuschneiden. Wie wollen Sie denn 5000 neue Unteroffiziere nach der Dienstzeit im bürgerlichen Leben versorgen? Die Zahl der Militäranwärter wird ja kolossal steigen. So zeitigt das militaristische System Erscheinungen, die darauf deuten, daß sie ihm selbst das Grab graben. (Sehr gut! bei den Soz.) In Straßburg hat der General v. Deimling mitten in der Stadt Parademarsch abgehalten und allen Angehörigen des Korps das Halten der Zeitungen verboten, die dies kritisierten. Diese Überhebung und Anmaßung kann gar nicht mehr übertroffen werden. (Lebh. Sehr richtig! links.) In der Betätigung des Hasses gegen die Sozialdemokratie stellt die Heeresverwaltung selbst die militärischen Interessen zurück. In allen Kriegen der letzten Zeit zeigte sich ein furchtbarer Mangel an Ärzten. Auch bei uns fehlt es an Militärärzten, denn die Zivilärzte meiden den Sanitätsdienst, weil die Sanitätsoffiziere nicht so geachtet werden, wie es sein müßte. Neue Waffen sollen in großer Zahl beschafft werden und die Munitionswerke rechnen bereits damit. Sie müßten in Reichsbetrieben hergestellt werden; das würde ein starker Anreiz sein, die Rüstungstreibereien zu beendigen, da

---

täglich lesen in dem großen trübseligen Buch des gegenwärtigen Lebens, weitschweifig, widerspruchsvoll und dennoch tief und bedeutsam. Wie wir alle, wußte sie also nur zu gut, daß diese schwerfällige und kranke Gegenwart im Kampfe liegt mit der Zukunft, die sie ruft und lockt . . . Sie sah gigantische Blitze über ihrem Haupte zucken und blickte durch die schwarzen Wetterwolken in flammende Gefilde wie in einen neuen Himmel der leidenden Menschheit . . . mit leisen Schauern kommt ihre Seele ein ungeheures, titanenhaftes Ringen ahnen, in näheren oder ferneren Zeiten . . .

Doch sie war keine kleinmütige, verzagte Natur — sie empfand keine Furcht und schloß die Augen nicht. Die Beschuldigungen und Klagen, der Kummer und die Angst ihrer Großeltern während der Revolution hatten ihr die Furcht so hoffnungsvoll und abscheulich erscheinen lassen! . . .

Die Jugend mag den Jahren ihrer Blüte nicht fluchen — die Zeiten des Jugendzaubers sind ihr teuer, wie stürmbewegt sie auch immer sein mögen. Und die zärtliche und mutige Marcella sagte sich, in den Armen des geliebten Weisen könne man auch bei Donner und Hagelschlag glückselig lächeln unter einem blühenden Strauche. So erschien ihr dieses drohende Ringen der materiellen Interessen nur als ein Spiel.

„Was liegt mir daran" — dachte sie, als sie die verhängnisvollen Zeichen erkannte, die der angeblich Glücklichen dieser Erde harren — „was liegt mir daran, wenn man mich zwingt, mich in den Kerker wirft und die Leiden des Exils auf mich lädt? . . . Die Liebe läßt sich nie verbannen und den Himmel bei Dant . . . ich liebe einen Armen, den man verfolgen wird."

Nur war ihr nie der Gedanke gekommen, daß sie selbst in den zärtlichsten Regungen des Herzens den jenem verborgenen, geheimnisvollen Kampfe ergriffen werden könnte, der sich trotz aller offiziellen Zwangsmaßregeln und aller angenehmlichen Gemütlichkeit immer eindringlicher vollzieht. Schon in der gegenwärtigen Zeit ist dieser Kampf der Empfindungen und Gedanken heiß entbrannt, und Marcella sah sich plötzlich in ihn hineingezogen . . . mitten in den tosenden Wirbeln, die man unvermutet in die nahe Wirklichkeit zurückversetzt wird bei dem jähen Schwinden eines süßen Traumes. Von anderem Glauben durchdrungen und von entgegengesetzten Lebensansichten beherrscht, hatten die verschiedenen Klassen einander den heftigen und intellektuellen Krieg erklärt, und Marcella mußte den Mann, der sie vergötterte, als ihren Widersacher erblicken — als ihren unversöhnlichen Feind . . .

Obwohl anfänglich entsetzt vor der neuen Entdeckung, machte sie sich doch nach und nach mit dieser Idee vertraut, die ihr neue Absichten und Ziele zuflüsterte . . . noch hochherziger und romantischer als die, mit denen sie sich seit Monaten getragen. Und als sie ihre lange Wanderung durch die schweigenden und verlassenen Zimmer beendete, hatte sie in aller Ruhe einen Entschluß gefaßt, den vielleicht nur sie allein ins Auge fassen konnte ohne ein bewunderndes oder mitleidiges Lächeln.

2

Da Marcella ihren Kousin geheiratet, trug sie den Namen von Blanchemont nach wie vor der Heirat. Das Landgut und das Schloß von Blanchemont bildeten einen Teil ihres elterlichen Erbteils. Der Grundbesitz war wertvoll, aber das Schloß seit mehr denn hundert Jahren den Pächtern überlassen, wurde nicht einmal von diesen bewohnt, denn es drohte einzustürzen und es hätte großer Ausgaben bedurft, es wieder instand zu setzen. Schon früh war sie verwaist. Da sie in einer Klostererziehungsanstalt zu Paris erzogen worden und sich in sehr jungem Alter verheiratet hatte, ohne daß jedoch ihr Gatte sie jemals einen Blick in die Verwaltung ihres Vermögens hätte tun lassen, hatte die Baronin von Blanchemont das Gut ihrer Ahnen nie gesehen.

Jetzt aber war sie entschlossen, Paris zu verlassen und auf dem Lande ein Leben zu suchen nach ihren Plänen, die sie in den letzten Tagen geschmiedet — sie wollte ihre Pilgerschaft beginnen, indem sie Blanchemont besuchte, und wenn diese Residenz ihren Absichten entsprach, gedachte sie sich später für immer dort niederzulassen. Der überaus baufällige Zustand war ihr bekannt und dies war für sie ein Grund, diese Wohnstätte mit ganz besonderer Liebe ins Auge zu fassen. Der geschäftliche Wirrwarr, den ihr Gatte ihr hinterlassen, und die Unordnung, in der er seine eigenen Angelegenheiten gelassen zu haben schien, dienten ihr als Vorwand für eine Reise, die sie angeblich nur für einige Wochen unternehmen müßte — im geheimen aber bestimmte sie ihr weder Zeit noch Dauer . . . sie verfolgte nur den einen Zweck, Paris so bald wie möglich zu verlassen und das Leben zu flüchten, das sie hier gezwungen war zu führen.

Zum Glück für ihre Absichten fand sich in der ganzen Familie niemand, der sich die angenehme Pflicht hätte auferlegen können, sie zu begleiten — als einzige Tochter brauchte sie sich weder gegen den Schutz einer Schwester noch eines älteren Bruders zu verteidigen. Die Eltern ihres Gatten waren hochbetagt, und, ein wenig erschrocken bei der Kunde von den hohen Schulden des Verstorbenen, waren sie erstaunt und freudig überrascht, zu sehen, wie eine Frau von zweiundzwanzig Jahren, die bisher kein Talent und keine Neigung für Geschäfte gezeigt, den mutigen Entschluß faßte, die Verwaltung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich mit eigenen Augen von dem Zustand ihres Besitztums zu überzeugen. Immerhin fielen einige Einwände, die sie davon abzuhalten versuchten, so ganz allein und mit dem Kinde zu reisen — sie sollte sich von ihrem Geschäftsführer begleiten lassen. Auch fürchtete man für das Kind, das auf einer Reise bei dieser heißen Jahreszeit sicherlich viel ausstehen werde.

Marcella aber entgegnete den alten Blanchemonts, ihren Schwiegereltern, ein ewiges Alleinsein mit einem alten knöchernen Gesetzesmenschen sei nicht gerade eine Versüßung der Widerwärtigkeiten, die sie auf sich nehmen wolle. Bei den Notaren und Anwälten der Provinz würde sie direktere Auskünfte und den Örtlichkeiten besser angepaßte Ratschläge finden. Und endlich sei es ja auch keine so schwierige Sache — mit den Pächtern abzurechnen und die Pachtkontrakte zu erneuern. Was das Kind anbeträfe, so mache die ungesunde Pariser Luft es täglich schwächer und hinfälliger — das freie Feld und Bewegung und Sonne könnten ihm nur wohl tun. Dann verfiel Marcella plötzlich auf eine geniale List, um über die Hindernisse zu triumphieren, die sie in der vergangenen schlaflosen Nacht des Abschieds von dem Geliebten vorausgesehen und überlegt — sie machte die Verpflichtungen geltend, denen sie als Vormund ihres Sohnes nachzukommen habe.

Teilweise sei es ihr noch unbekannt, in welchem Zustande sich der Nachlaß des Herrn von Blanchemont befinde. So wüßte sie nicht, ob er sich von seinen Pächtern beträchtliche Vorschüsse habe geben lassen, ob er den Grund und Boden nicht etwa mit hohen Hypotheken belastet habe, und anderes mehr. Es sei ihre Pflicht, hinzugehen und alle diese Dinge zu untersuchen, und sich vor allem nur auf sich selbst zu verlassen, um zu erfahren, auf welchem Fuße sie hernach leben dürfe, ohne die Zukunft ihres Sohnes zu gefährden.

Sie sprach so klug und verständig über alle diese Interessen, die sie doch im Grunde herzlich wenig beschäftigten, daß sie schon in wenigen Stunden den Sieg davongetragen und die ganze Familie dahin gebracht hatte, ihren Entschluß zu billigen und zu loben — ihre Liebe zu Heinrich war so geheim geblieben, daß auch nicht der leiseste Verdacht das Vertrauen der Großeltern trübte.

(Fortsetzung folgt.)

dann dem Rüstungskapital wertvolle Aufträge nicht mehr winken. Sollte die Vorlage gegen unsern Willen Gesetz werden, so müßte die Heeresverwaltung zum mi ten das ungeheuerliche Schmiersystem beseitigen, das jetzt den Firmen blüht, die Lieferungen erhalten. So werden von der Firma Krupp den mit der Abnahme von Lieferungen betrauten Beamten Zuschüsse bis zu 12 000 Mark gezahlt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Ich zweifle an der Geschäftsgewandtheit und an der Fähigkeit unserer Heeresverwaltung, mit unseren Millionen vernünftig zu wirtschaften. Denken Sie nur an die Bewucherung der Heeresverwaltung bei Grundstücksverkäufen und an die Spekulantengewinne. Mindestens drei Millionen sind bei der Anlage des Zossener Schießplatzes zu viel gezahlt. Bei dieser Riesenvorlage hätte doch die Heeresverwaltung selbst Reformen vorschlagen müssen. Aber unbegreiflicherweise setzt sie sogar der Abschaffung der Gardetressen den größten Widerstand entgegen. Mit der Abschaffung der Garde erklärt der Kriegsminister die Vorlage für unannehmbar. (Hört, hört! bei den Soz.) Möge der Reichstag sich zu unserer Auffassung bekehren, wird die Regierung dann die Vorlage nicht annehmen oder auch den Reichstag auflösen, uns kann das recht sein. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Vermehrte Rechtsgarantien müssen wir auch fordern, damit die 120 000 neu einzustellenden Soldaten besser vor Mißhandlungen geschützt sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine empörende Begleiterscheinung des Militarismus bildet auch die Opferung von Menschenleben mitten im Frieden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Natürlich hat die Militärverwaltung auch nach dem Todesmarsch von Arys erklärt, daß alles in bester Ordnung gewesen sei. Aber sicherlich wären die wertvollen Menschenleben erhalten geblieben, wenn das Erforderliche geschehen wäre. Auf alle Reformwünsche antwortet der Kriegsminister mit der absolutistischen Wendung, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers. Wir leben doch in einem Verfassungsstaat, das Volk bezahlt alle Heereseinrichtungen und wir werden uns daher durch die Kommandogewalt des Kriegsherrn nicht hindern lassen, alles zu besprechen und auf Reformen zu dringen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Treibereien der Rüstungshetzer hören auch dieser Vorlage gegenüber nicht auf. Aber selbst bis in die Kreise der bürgerlichen Parteien hinein macht sich ein Widerstand gegen die ungeheuerlichen Belastungen durch das Militärwesen geltend. Mehr als 7½ Milliarden werden in Europa jährlich für das Heerwesen ausgegeben. Welche Fülle von Kulturarbeit geht verloren, weil Sie nicht einsehen wollen, daß mit diesem System gebrochen werden muß. Wir Sozialdemokraten müßten geradezu ehrlose Kerle sein, wenn wir diesem Kriegsminister auch nur einen Mann bewilligen wollten. Den Militärboykott über sozialdemokratische Lokale hat er damit zu begründen gesucht, daß in solchen Lokalen die Soldaten mit Dirnen und Zuhältern in Berührung kämen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Jahrelang sind unsere Angehörigen gehindert worden, sogar unsere Wohnungen zu betreten und als wir gegen diese Ungehörigkeit auftraten, hat es der Kriegsminister gewagt, unserer Partei ins Gesicht zu schleudern, daß sie auf eine Stufe zu stellen sei mit Dirnen und Zuhältern. (Gr. Unruhe bei den Soz.; Zurufe: Skandal, Frechheit!)

Vizepräsident Dr. Paasche bittet, solche Ausdrücke zu unterlassen. (Erneute Unruhe bei den Soz.; Zurufe: Pfui über den Kriegsminister.) Ich rufe den Abg. Antrick zur Ordnung. (Zuruf: Rufen Sie den Kriegsminister zur Ordnung!)

Noske (fortfahrend): Unsere Parteigenossen müßten uns in der schimpflichsten Weise empfangen, wenn wir Soldaten bewilligen würden, unmittelbar nachdem man unsere Parteigenossen mit Gesindel auf eine Stufe gestellt hat. (Lebh. Pfuirufe bei den Soz. — Vizepräsident Dr. Paasche erklärt die Pfuirufe für parlamentarisch unzulässig — Zurufe bei den Soz.: Das ist die gute Erziehung des Kriegsministers.) Wir werden dem Kriegsminister dieses Wort nicht vergessen, in tausenden von Versammlungen wird es wiederholt werden und der Regierung wird es sehr unangenehm in die Ohren klingen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei einem früheren Anlaß hat der Reichskanzler der Erwartung Ausdruck gegeben, daß im Fall eines Krieges das Volk die größte Aufopferung beweisen werde. Auf die Frage eines Sozialdemokraten, welche Reformen und insbesondere ob er die Wahlreform in Preußen schaffen wolle, um das Volk begeisterungsfähig zu machen, hat er eine Aeußerung abgelehnt! In einem Teil der bürgerlichen Presse wird gewünscht, dem Kaiser zum Jubiläum als schönstes Geschenk die bewilligte Militärvorlage zu überreichen. Die Gegengabe ist ein verpfändetes Königswort, das nicht eingelöst ist. (Stürm. Zust. b. d. Soz. Pfuirufe rechts. — Abg. Kreth [K.] ruft dem Präsidenten die letzte Aeußerung des Redners zu, um ihn zum Einschreiten zu veranlassen. — Anhaltender Lärm.) Wir lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Wahlrechtsfrage, wenn nicht durch Einlösung des Königsworts, dann gegen den König gelöst werden wird. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Lärm rechts.) Gerade in dem Augenblick, wo man dem Volk die schwersten Opfer anfinnt, haben wir das Recht zu fordern, daß den Massen die Gleichberechtigung zuteil wird, als die selbstverständlichste Voraussetzung dafür, daß sich die Staatsbürger im Lande wohl fühlen. (Zust. links.) Statt Erfüllung von Volkswünschen bringen Sie dem Volk nur einen Haufen Resolutionen. Wo ist aber die Reichstagsmehrheit, die diese Resolutionen durchzusetzen entschlossen ist? Eine solche Mehrheit gibt es nur, wenn wichtige Geldsackinteressen auf dem Spiel stehen. Wir setzen auf die bürgerlichen Parteien keine Hoffnung. Die Liberalen werden schließlich ihren jüdischen Reserveleutnant und ihre paar Konzessionschulzes in der Garde bekommen, und damit zufrieden sein. Den Kampf für die Proletarier im Soldatenrock wird aber auch in Zukunft nur die Sozialdemokratie führen. Trotz all Ihrem Lachen und all Ihren Verfolgungen werden wir unseren Kampf zum endlichen Erfolge führen. Immer größere Massen junger Leute werden in ihren Familien im Geist der Sozialdemokratie erzogen, gegen die sich die Heeresverwaltung als der starke Mann aufspielt. Aber längst sind die bürgerlichen Parteien und die Regierungen von der Sozialdemokratie in die Abwehr gedrängt worden. Wir werden, das sind wir gewiß, das Heer schließlich zu demokratischem Volksheer ausbilden. In dem Kampf gegen den jetzigen Exzeß der Rüstungstreiberei stehen wir leider einer festen bürgerlichen Mehrheit gegenüber. Wir sind fest überzeugt, daß Sie durch die Vermehrung der Rüstungen die Kriegsgefahr heraufbeschwören, während wir dem Frieden am besten dienen, indem wir in allen Ländern gegen die wahnsinnige Rüstungspolitik kämpfen. (Stürm. Zust. b. d. Soz. Lachen rechts.) Immer weitere Volkskreise werden das erkennen und darin erblickt die Sozialdemokratie in allen Ländern die sichere Gewähr dafür, daß in nicht zu ferner Zeit der Militarismus überwunden und der Frieden dauernd gesichert werden wird. So wollen wir der Kultur zum dauernden Sieg verhelfen über die Barbarei des Wettrüstens, und des Militarismus! (Stürmischer, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten, starkes Zischen rechts, im Ztr. und bei den Natl. Erneuter tosender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, die sozialdemokratische Partei nicht mit Zuhältern auf eine Stufe gestellt zu haben, sondern als Gründe für Militärverbote nach einander die Gefahr sozialdemokratischer oder deutschfeindlicher Einwirkung und die Gefahr der Verleitung der Soldaten zu einem liederlichen Lebenswandel angegeben zu haben. Nur eine krankhafte Empfindlichkeit könne hieraus den Schluß ziehen, den Abg. Noske gezogen habe. Die Armee ist niemals offensiv gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen vorgegangen, sie befand sich vielmehr in der Abwehr, denn Sie (zu den Soz.) haben die Armee jederzeit mit Ihrem ganz speziellen Haß beehrt (Oho! b. d. Soz. Sehr wahr! rechts.), weil Sie in ihr das Haupthindernis für die Durchsetzung Ihrer Bestrebungen sehen. Die Armee wird aber auch in Zukunft ihrer Hauptaufgabe voll bewußt bleiben und an ihrem Standpunkt unentwegt festhalten, die Armee zu einer treuen, für Kaiser und Reich bestimmten Truppe zu erziehen! (Beifall rechts. Hört, hört! b. d. Soz.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück wendet sich gegen das Wort Noskes von dem verpfändeten nicht eingelösten Königswort und erklärt zunächst, daß diese Angelegenheit vor den preußischen Landtag gehöre. Der Vorwurf gegen den König von Preußen sei aber auch völlig unberechtigt, weil die Regierung eine Wahlrechtsvorlage eingebracht habe, die nur an dem Nichtzustandekommen einer Einigung mit der Landtagsmehrheit gescheitert sei. (Lebh. Zust. links: Den Landtag auflösen!) Die Verantwortung trägt aber in jedem Fall nicht der König, sondern die Staatsregierung. Wenn Abg. Noske gedroht hat, daß Sie die Wahlrechtsfrage eventl. gegen den König lösen würden, so antworte ich ihm, daß das nicht geschehen wird. (Beifall rechts. Zurufe b. d. Soz.: Abwarten!) Wir werden in Preußen dafür sorgen, daß Preußen seine verfassungsmäßigen Bestimmungen so erhält und so ausgestaltet, wie es dem Wohl des preußischen Staates nach unserer Auffassung entspricht. (Lachen b. d. Soz. Gr. Beifall rechts.)

Vizepräsident Paasche ruft den Abg. Noske wegen der von ihm ausgesprochenen Beleidigung des Königs von Preußen zur Ordnung. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz. Bravo! b. d. bürgerlichen Parteien.)

Mehrere Kommissare des Kriegsministeriums erklären gegen den Abg. Noske, daß ein Schmiersystem bei Krupp nicht bestehe, daß die Heeresverwaltung von den den Abnahmekommissionen gezahlten Entschädigungen nichts gewußt, sie aber dann untersagt und das Personal abgelöst habe. Offiziere seien hieran überhaupt nicht beteiligt gewesen, sondern nur Feuerwerker; weiter wird erklärt, daß der Truppenübungsplatz Zossen nicht zu teuer, sondern nach dem gerichtlichen Ausspruch im Enteignungsverfahren und nach der Taxe bezahlt worden sei.

Das Haus vertagt sich.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Graf Posadowsky: Herr Noske hat behauptet, ich wäre Mitglied des Gründungskomitees der sogenannten Atlaswerke. Diese Gründung ist mir vollkommen unbekannt, ich habe mit ihr nie etwas zu tun gehabt. Ich habe diese falsche Nachricht vor einem halben Jahre widerrufen lassen. (Hört, hört! rechts.) Wenn ein Abgeordneter von der Tribüne des Hauses eine solche falsche Behauptung aufstellt und daran Angriffe knüpft, so hätte er mindestens die Pflicht gehabt, sich vorher zu unterrichten. Ich fordere daher Herrn Noske auf, sich noch jetzt über die Unrichtigkeit seiner Behauptung zu unterrichten und ich fordere ihn weiter auf, seine Behauptung von dem Platze aus, wo er sie aufgestellt hat, zu widerrufen. (Stürm. Bravo! rechts. Gr. Unruhe b. d. Soz. Zuruf: Schauspielerei. Vizepräsident Paasche rügt diesen Zuruf!) Ein Abgeordneter, der solche Behauptungen aufstellt, wird sich nicht wundern können, wenn für die Zukunft die Wahrheit seiner Behauptungen ernstlich in Frage gestellt wird. (Bravo! rechts. Erneute Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Noske: Es bedarf der Aufforderung des Grafen Posadowsky nicht, daß ich erst noch persönliche Erkundigungen einziehe. Wenn er hier in feierlicher Form erklärt, daß meine Ausführung in diesem Punkte irrig war, so glaube ich ihm das aufs Wort. Die Tatsache ist noch vor wenig Tagen in einer Reihe von Zeitungen behauptet worden, und weil sie bis heute nicht widerrufen wurde, glaubte ich die Richtigkeit voraussetzen zu können. Ich glaube den höchsten Grad der Loyalität zu erreichen, wenn ich sage, es hat mir ferngelegen, den Grafen Posadowsky kränkende Ausführungen zu machen und daß ich meinen Irrtum bedauere.

Graf Posadowsky: Ich halte meine Behauptung aufrecht, daß ein Abgeordneter nur auf eine Preßnachricht hin eine solche Behauptung nicht aufstellen darf, wenn er sich nicht vorher gründlich orientiert hat.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung der Beratung der Wehrvorlage.

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Generalversammlung des Wahlkreises Teltow—Beeskow—Storkow—Charlottenburg wurde am 8. Juni in Charlottenburg abgehalten. Anwesend waren 155 Genossen aus 49 Orten. Die Generalversammlung beschloß auf Antrag des Vorstandes, alle Vierteljahre eine Zusammenkunft der Wahlvereinsvorsitzenden abzuhalten, um eine engere Fühlung zwischen Zentralvorstand und den Ortsvorständen herbeizuführen. Außerdem soll der nächsten Generalversammlung ein Reorganisationsplan unterbreitet werden. Für Zuschüsse zu Vortragskursen und wissenschaftlichen Einzelvorträgen und zur Anschaffung von Jugendschriften für Wanderausstellungen wurden 1000 Mark bewilligt. An Stelle des Genossen Paul Hirsch, der sein Amt als erster Vorsitzender des Kreiswahlvereins wegen Arbeitsüberbürdung niederlegte, wurde Genosse Thurow gewählt. — Ferner wurde im Antrag an die Verbandsgeneralversammlung von Großberlin beschlossen, in dem die Veröffentlichung der Verteidigungsrede Borchardts im Mitteilungsblatt der Wahlvereine Großberlins gefordert wird, weil im letzten Mitteilungsblatt der Bericht der Untersuchungskommission gegen Borchardt wörtlich abgedruckt worden ist.

Zwei Urteile. 150 Mark Strafe wegen Beleidigung der Direktion der Straßenbahn und Elektrizitätsgesellschaft Königsberg erhielt Genosse Markwald-Königsberg. Die Gesellschaft hatte im vorigen Jahre beim Streik der Straßenbahner dem Königsberger Magistrat wahrheitswidrig mitgeteilt, daß die Straßenbahner das Streikrecht verlangt hätten. In Wirklichkeit hatte die Gesellschaft versucht, den Straßenbahnangestellten das Koalitionsrecht zu nehmen. In der Stadtverordnetenversammlung hatte M. deshalb gesagt, die Gesellschaft schwindle, was sie schwindeln könne. Und in einer Volksversammlung hatte er erklärt, die Gesellschaft habe wider besseres Wissen dem Magistrat Mitteilungen über den Streik gemacht. Einer der Direktoren, Dr. Krieger, vormals freisinniger Landtagsabgeordneter, hatte in bezug auf Markwald von einem Bubenstück gesprochen. Auf die von M. erhobene Widerklage wurde Direktor Krieger zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Verwertung der gewerkschaftlichen Erfolge anderer. Der Verband der papstfrommen katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, gehört in seiner Qualität so ungefähr zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Sie sind nämlich beide im jüngst vergangenen Jahrfünft beispielsloser gewerkschaftlicher Entwicklung harmlos stehen geblieben, also in Wirklichkeit unrettbar zurückgegangen. Sehen wir uns heute einmal den Verband der katholischen Arbeitervereine an. Tatsächliche Einnahmen im Jahre 1909 genau 878 381 Mark, 1912 genau 746 732 Mark. Die Ausgaben sind in der gleichen Zeit von 841 000 Mark auf 682 000 Mark gesunken! Dabei muß beachtet werden, daß erhebliche Teile der Einnahmen in die harmlose Männersterbekasse, Frauensterbekasse und den Geldbeutel der Fachabteilungen gehen. Uns interessiert das verhältnismäßig wenig, ebenso wie der fortgesetzte Mitgliederschwund (früher waren es einmal 128 000) ganz selbstverständlich erscheint. Viel wichtiger ist, daß die papstgetreue, den verderblichen Streik strikt ablehnende katholische Organisation auch über gewerkschaftliche Erfolge berichtet. Sogar das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands fühlt seinen Geist gegenüber dieser Frechheit vor Ehrfurcht still stehen. Es handelt sich bei den katholischen antistreiklerischen Gewerkschaftserfolgen tatsächlich fast restlos um die Resultate von Kämpfen, die streikende Arbeiter errungen haben! Ja, die katholischen Schlauköpfe gehen noch weiter und verbuchen die laut Tarif im Baugewerbe für 1912 erfolgte automatische Lohnerhöhung von 2 Pfg. für die Stunde als eigenen gewerkschaftlichen Kampferfolg! Dabei muß noch festgestellt werden, daß es 1910 gerade die papstfrommen katholischen Arbeiter Berliner Richtung gewesen sind, die während der großen Aussperrung im Baugewerbe Streikbrecher machten. So wird heute im Handumdrehen der Jahresbericht mit gewerkschaftlichen Erfolgen gefüllt. Jeder harmlose Minister — und sie sind so gut wie alle harmlos — behauptet dann natürlich, sobald er das liest, daß die Arbeiter, so lange sie brav sind, durchaus und auch ohne Streik die schönsten gewerkschaftlichen Erfolge erzielen könnten. Die Drahtzieher sitzen hinter den Kulissen und lachen sich eins ins schwarze Fäustchen.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufachausstellung in Leipzig. In den Artikeln über die deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Baufachausstellung in Leipzig sind dem Berichterstatter einige Irrtümer unterlaufen, die zwar jedem Nichtfachmann passieren können, die aber im Interesse der ausstellenden Gewerkschaften nicht unwidersprochen bleiben dürfen. So sagt der Berichterstatter, daß die Hauptbalken (Aufrichter) je zu zweien nebeneinander 80 Ztm. tief in den Erdboden eingegraben sind. Hierbei ist richtigzustellen, daß die Aufrichter nicht 80 Ztm., sondern 1 Meter tief in den Erdboden eingegraben sind. In demselben Bericht heißt es dann weiter: „Bei den in die einzelnen Etagen führenden Leitern sind die Sprossen in den Langhölzern (Leiterbäume) eingelassen und mit Schrauben befestigt.“ Hierzu sei bemerkt, daß die Sprossen der Leitern mit geschmiedeten (schwedischen) Nägeln und nicht mit Schrauben befestigt sind. Im gesamten Hochbaugewerbe dürfte es keine Leitern geben, deren Sprossen mit Schrauben befestigt sind. Weiter wird alsdann in dem betreffenden Bericht auf die Bauarbeiterschutzkommission in den einzelnen Landesteilen und deren Ausstellungsobjekte hingewiesen. Dabei passiert dem Berichterstatter das Malheur, zu sagen: „Ein Musterstück dieser Art ist unzweifelhaft das von der Hamburger Bauarbeiterschutzkommission ausgestellte Gerüstmodell, das angefertigt ist nach den Vorschriften der Hamburger Baugewerksberufsgenossenschaft.“ Wenn dieser Satz vom Vorstand der Hamburger Baugewerkberufsgenossenschaft gelesen wird, dann wird er sicher schmunzelnd sagen, seht mal, unsere Vorschriften für Unfallverhütung sind heute schon derartig tadellos, daß selbst die Bauarbeiter unsern Vorschriften entsprechende Gerüstmodelle in der Baufachausstellung in Leipzig zur Ausstellung und Bewunderung bringen. Leider ist dem aber nicht so. Es hieße tatsächlich der hamburgischen Baugewerksberufsgenossenschaft ein vollständig unverdientes Lob spenden. Das in Leipzig ausgestellte Gerüstmodell der Hamburger Baugewerksschutzkommission entspricht durchaus nicht den Vorschriften der Hamburger Berufsgenossenschaft, weil sonst ein ganz anderes Gerüst hätte aufgestellt werden müssen. Das ausgestellte Gerüst ist ein solches, wie es die Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer fordern, um für ihre gesunden Glieder und für ihr Leben gesichert zu sein. Das sind sie sich selbst und ihren Familien schuldig. Hoffentlich ändert die hamburgische Baugewerksberufsgenossenschaft ihre Vorschriften recht bald im Sinne des in Leipzig ausgestellten Gerüstmodells.

Mitglied des Arbeiterturnvereins — reif für die Fürsorgeerziehung. Vor einigen Monaten wurde aus Dortmund berichtet, daß die Vormundschaftsbehörde den Versuch gemacht hatte, einen jugendlichen Arbeiter der Fürsorgeerziehung zu überantworten, weil er das Verbrechen begangen hatte, einer „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft beizutreten. Jetzt teilt unser Dortmunder Parteiblatt einen zweiten ähnlichen Fall mit, der nicht weniger skandalös ist als der erste. Sie berichtet: Der Junge ist auf der Zeche Achenbach in Arbeit und ermöglichte es dadurch, daß seine Mutter mit ihren Kindern in der Zechenwohnung bleiben konnte. Der Junge ist arbeitsam und unterstützt mit den paar Pfennigen, die er verdient, seine Mutter so gut es geht. Und dennoch wollte man ihn in Fürsorgeerziehung geben. Und warum? Der Junge gehört dem Arbeiterturnverein an. Das ist das einzige „Vergehen“, das man ihm nachweisen konnte und auf Grund dessen er nach Ansicht seines Vormunds, eines Bergmanns mit Namen Gems, wohnhaft in Brambauer, Moltkestraße 4, reif für die Fürsorge sein sollte. Daß Herr Gems ein frommer, christlich gesinnter Mann ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden, das versteht sich von selbst. Am 27. Mai mußte der Junge sowie dessen Mutter vor die Obervormundschaft nach Lünen a. L. und dort wurde dem Jungen eröffnet, daß, wenn er nicht aus dem Arbeiterturnverein austrete, er dorthin komme, wo seine Schwester schon sei — in die Fürsorge. Wie uns mitgeteilt wird, war dem Jungen vor dem vernehmenden Beamten gesagt worden, er solle statt in den Arbeiterturnverein in den Jünglingsverein gehen und eifrig die Kirche besuchen. Dabei will es das Schicksal, daß die in Fürsorgeerziehung befindliche Schwester des Jungen Mitglied des Jungfrauenvereins war und dann doch angeblich auf eine so schiefe Ebene kam, daß man ihre Unterbringung in die Fürsorge für notwendig erachtete. Der fromme Vormund, der bei der Vernehmung zugegen war, wollte, daß der Mutter des Jungen aufgegeben würde, daß sie nicht nur für den Austritt des Jungen aus dem Arbeiterturnverein Sorge tragen müsse, sondern auch dafür, daß dieser dem Jünglingsverein beitrete. Die Mutter erklärte aber sofort, daß sie letzteres nicht tun würde und auch der vernehmende Beamte meinte, das ginge zu weit. Nachdem dann die Mutter ein Schriftstück unterschrieben hatte, daß sie für den Austritt ihres Sohnes aus dem Arbeiterturnverein sorgen werde, konnte sie mit ihrem Sohn wieder nach Hause gehen. Der Austritt aus dem Arbeiterturnverein ist seitens des Jungen auch vollzogen worden, wenn auch nur mit schwerem Herzen. Er konnte ja nicht anders handeln, wenn er sich nicht der Gefahr, in Fürsorgeerziehung zu kommen, aussetzen wollte. Dieser Fall verdient aufs schärfste gebrandmarkt zu werden, da die Beschränkung der persönlichen Freiheit kaum noch weiter gehen kann. Würde eine solche Praxis zur ständigen Uebung, dann ist kein Arbeiterkind mehr sicher vor dem Schrecken der Fürsorgeerziehung.

Besteuerung des Gewerkschaftskartells. In Sachsen, wo die Besteuerung der Streik- und Arbeitslosenunterstützung aus gewerkschaftlichen Mitteln seit Jahren als gesetzlich zulässig geübt wird, hat der Steuerfiskus eine neue Steuerquelle entdeckt — die Kassen der Gewerkschaftskartelle. Die Steuerbehörde in Plauen i. V. soll den neuen

Weg der Besteuerung der Gewerkschaftsgelder ausprobieren; sie hat zu diesem Zweck das Gewerkschaftskartell für ein selbständiges „Unternehmen" erklärt und mit einem Einkommen von jährlich 1900 bis 2200 Mark veranlagt. Wie man dieses Einkommen errechnet hat, ist vollkommen schleierhaft. Das Kartell soll 36 Mark Staatseinkommensteuer und 45,60 Mark Kommunaleinkommensteuer bezahlen. Natürlich weigert sich das Gewerkschaftskartell Plauen, die Steuern zu zahlen. Ob die erhobene Reklamation des Kartells von der Einschätzungskommission berücksichtigt wird, scheint freilich zweifelhaft; es hat den Anschein, als ob Plauen den Vorstoß nur macht, um vom Oberverwaltungsgericht die Steuerpflicht der Gewerkschaftskartelle feststellen zu lassen.

Christliche als Streikbrecher. Die frommen Brüder in Christo betätigen sich auch in Bayreuth, gleich Krefeld, als Streikbrecher. Bei der Firma Bayerlein in Bayreuth streiken seit drei Wochen die Spinnereiarbeiter, weil die Firma schriftliche Abmachungen, die zur Beilegung eines früheren Streiks dienten, nicht innehielt. Die Firma hatte versprochen, aus Anlaß des Streiks keine Maßregelungen vorzunehmen; trotzdem aber hat die Firma kurz nach Wiederaufnahme der Arbeit den Vertrauensleuten [illegible] gekündigt. Und statt einer versprochenen [illegible] wurde eine Lohnreduktion vorgenommen. Die [illegible] kurz vor Ausbruch des gegenwärtigen Streiks eine Ortsgruppe aus Arbeitern der Firma Bayerlein unter Hilfe des Herrn Bayerlein gegründet. Die Mitglieder dieser christlichen Ortsgruppe sind samt und sonders als Streikbrecher tätig, um der wortbrüchigen Firma zu helfen. Es ist dies wieder ein neuer Beweis, daß der christliche Textilarbeiterverband nur noch als Streikbrecherorganisation in Frage kommt. Sie sind Verräter der Arbeiterinteressen.

Die englischen Transportarbeiter gegen den Krieg. Auf dem soeben in Newport abgehaltenen ersten Jahreskongreß des englischen Transportarbeiterverbandes begründete Ben Tillet (Dockarbeiter) eine Resolution, die den Krieg und die Kriegshetzen verurteilt und für den Fall eines Krieges den Generalstreik aller im Transport von Truppen und Kriegsmaterial beschäftigten Arbeiter befürwortet. Tillet sagte, es sei an der Zeit, daß endlich die Arbeiter die Geschicke des Landes in ihre Hände bekommen. Die Arbeiter seien endlich dahinter gekommen, was der ihnen vorgetäuschte „Patriotismus" in Wirklichkeit ist. Das Kriegsfieber werde von einer korrupten Presse geschürt, die von den Rüstungsinteressenten bestochen sei. Jede „patriotische" Vereinigung werde von den Mordswerkzeugfabrikanten subventioniert. O'Connor Kessack, der die Resolution unterstützte, befürwortete ein Einvernehmen der Transportarbeiter mit den Eisenbahnern und Bergarbeitern. Wenn diese drei Arbeiterkategorien zusammenwirken, dann könne kein Krieg länger als ein paar Tage fortgeführt werden. Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen.

Soziales.

Mord als Betriebsunfall. Eine beachtenswerte Entscheidung hat das bayrische Landesversicherungsamt in München als höchste Instanz gefällt. Am März 1912 wurde der Maler Glöckl, der im Auftrag seines Prinzipals von Urfelden am Walchensee nach Kochel ging, auf der Kochelbergstraße ermordet. Das bayerische Landesversicherungsamt hat nun einen Entscheid des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Oberbayern [illegible] Baugewerkberufsgenossenschaft verurteilt wird, der Witwe des Ermordeten und ihren beiden Kindern die gesetzliche Entschädigung zu leisten, weil ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes vorliege. Beide Instanzen erkennen an, daß Glöckl auf dem Gang, den er im Auftrag des Unternehmers unternommen hat, durch die zeitlichen und örtlichen Umstände einer erhöhten Angriffsgefahr ausgesetzt war.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftskrise in Hessen. Mit dem Tode des Organisators des ländlichen Genossenschaftswesens, des ehemaligen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der Zweiten hessischen Kammer, Geheimrat Haas, ist eine schlimme Krise im Reichsverband der ländlichen Genossenschaften eingetreten. Ein seit mehreren Wochen in Darmstadt verhandelter Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Genossenschaft in Nieder-Modau hat gezeigt, in welch unverantwortlicher Weise von unfähigen Leuten mit dem Gelde der Bauern gewirtschaftet wurde. Inzwischen hat die von Haas gegründete landwirtschaftliche Genossenschaftsbank liquidiert, deren Direktor Kommerzienrat Jorig als Angeklagter in dem Nieder-Modauer Prozeß vom Urteil der Darmstädter Strafkammer eingezogen ist. Fast sämtliche dem Haasschen Verband in Hessen angeschlossenen Genossenschaften verlieren zum Teil ganz beträchtliche Summen. Einige Genossenschaften haben bereits Konkurs angemeldet, und andere werden folgen. In den Kreisen der ländlichen Genossenschafter ist eine Panik ausgebrochen. Um nun eine Gesundung im Genossenschaftswesen herbeizuführen, aber auch um das erschütterte Vertrauen zu sichern, hat der Landtag einstimmig die Regierung ersucht, der neugegründeten „Zentralkasse der landwirtschaftlichen Genossenschaften" einen Staatskredit von einer Million Mark, mit 3 % verzinslich, zu gewähren.

Aus Nah und Fern.

Von der Schröder-Stranz-Expedition. Aus Tromsö wird gemeldet: Aus Spitzbergen ist der Dampfer „Activ" eingetroffen. An Bord befanden sich die drei deutschen überlebenden Teilnehmer der Schröder-Stranz-Expedition, Kapitän Ritscher, Dr. Rüdiger und der Hamburger Maler Rave. Ritscher und Dr. Rüdiger wurden in ein Krankenhaus gebracht. Kapitän Ritscher will sich einer Operation unterziehen. Der Maler Rave befindet sich in bestem Wohlsein.

Raubmord. Ermordet und beraubt aufgefunden wurde in Rechtsupweg bei Marienhafe der etwa 40jährige Arbeiter Beer. Das leere Portemonnaie lag neben der Leiche, die erhebliche Wunden am Kopfe und Hals aufwies. Die Staatsanwaltschaft leitete die sofortige Untersuchung ein. Dem Täter ist man auf der Spur.

Durch ein Drahtseilattentat ist auf der Potsdamer Chaussee ein Chauffeur in große Gefahr geraten. Er fuhr in der Dunkelheit mit solcher Gewalt gegen ein in beinahe zwei Meter Höhe zwischen den Bäumen über die Straße gespanntes Drahtseil, daß der Kühler weggerissen wurde. Der Chauffeur selbst kam ohne Verletzung davon.

Die Erzgebirgsortschaft Neuhäuser ist fast gänzlich niedergebrannt.

Feuer an Bord. Der Dampfer „Olind", von Neuyork nach Havanna mit sechs Passagieren und 50 Mann Besatzung unterwegs, hat Feuer an Bord gemeldet. Der Dampfer will versuchen, Charleston zu erreichen. Hilfe ist abgesandt worden.

Bomben-Explosion während eines Festzuges. Die Gedächtnisfeier für den Dichter Camoes, die in Lissabon unter großer Beteiligung gefeiert wurde, begann mit einem Festzuge, der sich aus mehreren hundert Kindern und jungen Schülern zusammensetzte, die zum Denkmal des Dichters zogen, um Blumen niederzulegen. In dem Augenblick, als sich der Zug die Rue Garmo hinaufbewegte, explodierte auf dem Dom-Pedro-Platz eine Bombe. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Bevölkerung, darüber erbittert, zerstörte den Kiosk auf dem Dom-Pedro-Platz, in dem sich, wie man sagt, gewisse Anarchisten zu versammeln pflegten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Durch die Bombenexplosion wurde der Urheber derselben selbst am Bein verletzt. Man fand ihn auf dem Platz. Er erklärte, er habe Selbstmord begehen wollen. — Unter den durch die Bombenexplosion Verwundeten befinden sich 34 Minderjährige und ein Kind; alle wurden ins Krankenhaus gebracht. Der mutmaßliche Urheber der Explosion wurde, nachdem man ihm seine Wunde verbunden hatte, verhaftet.

Von der Zahlungseinstellung der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank in Darmstadt sind nicht nur zahlreiche Genossenschaften und Privatpersonen betroffen, sondern auch, wie jetzt erst nachträglich bekannt wird, die Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Hessen, die einen großen Betrag aus laufender Rechnung von der falliten Aktiengesellschaft zu fordern hat.

Großfeuer. Nachts brachen an drei verschiedenen Stellen der Stadt Neuyork Feuersbrünste aus. Verluste an Menschenleben waren glücklicherweise nicht zu beklagen, doch erlitten etwa 50 Personen Verletzungen. Man sagt, daß dies die größten Brandkatastrophen gewesen seien, die Neuyork seit Jahren gesehen habe. Der Schaden wird auf zirka 2½ Millionen Dollars geschätzt.

Risiko der Arbeit. Aus Grenoble wird gemeldet: Durch den Einsturz eines Baugerüstes sind zwei Maurer getötet und vier lebensgefährlich verletzt worden.

Explosion einer Mine. Bei dem Versuch, ein Felsriff in der Reede von Porto Vechio bei Udschda zu sprengen, ist durch die vorzeitige Explosion einer Mine ein Marinesoldat getötet worden; drei sind schwer verletzt worden.

Tragödie eines Schweizer Fabrikanten. Großes Aufsehen erregt in der ganzen Schweiz der plötzliche Tod des Züricher Großindustriellen Eugen Maggi und seiner Frau, der Tochter des Gründers der Konservenfabriken Maggi in Kemptal und in Singen in Baden. Als Eugen Maggi und seine Frau heute nicht zum Frühstück erschienen, öffnete man das Schlafzimmer und fand beide tot im Bett. Der Gashahn im benachbarten Badezimmer stand offen. Eugen Maggi, der hervorragendste Vertreter der schweizerischen Großmüllerei, war Gründer der Schokoladenfabrik „Norma". Er hatte erst vor kurzem auch die Schokoladenfabrik Maestrani in St. Gallen erworben.

Dem Flammentode entronnen. Ein furchtbares Unglück ist in der Nacht zum Dienstag durch die Aufmerksamkeit eines Schulknaben der St. Johnschule in Leatherhead (England) verhütet worden. Der Knabe wachte nachts ½3 Uhr auf und bemerkte einen schwachen Feuerschein, der aus dem Zimmer eines Lehrers hervorleuchtete. Er begann sofort Feuer zu schreien und auf seine Alarmrufe stürzten sämtliche Hausbewohner aus den Betten. Es war die allerhöchste Zeit, denn schon stand das ganze Stockwerk über dem Schlafsaal der Pensionäre der Schule in Flammen. Der Knaben bemächtigte sich eine starke Panik. Eine große Anzahl von ihnen sprang, ohne auf die Ermahnungen der herbeigeeilten Lehrer zu achten, ohne Überlegung aus den im ersten Stock gelegenen Fenstern des Saales, so daß etwa 59 Schüler Hautabschürfungen, sowie Arm- und Beinverstauchungen erlitten. Wäre das Feuer nur zehn Minuten später entdeckt worden, so hätte sich eine namenlose Katastrophe ereignet, da die 230 Knaben des Internats fast ausnahmslos ein Opfer der Flammen geworden wären.

Allerlei Wissenswertes.

Vorbildliche Rauchbekämpfung.

Trotzdem die Verunreinigung der Atemluft durch Rauch und Staub als der schlimmste Feind der menschlichen Gesundheit erkannt worden ist, fehlt es immer noch an einer durchgreifenden Organisation des Kampfes auf diesem Felde. Mag der Gegner auch noch so schwer zu packen sein, so müssen Mittel und Wege zu seiner Überwindung gefunden und zur Anwendung gebracht werden. Zur Verhinderung der Staubentwicklung ist manches geschehen, aber eine staubfreie Straße, die selbst unter den Pneumatiks der schnellfahrenden Kraftwagen keine erstickenden Wolken in die Luft sendet, ist immer noch eine ganz seltene Ausnahme und nur innerhalb oder in der nächsten Umgebung der größten Städte oder der teuersten Kurorte zu finden. Und was gegen die Rauchbelästigung geschehen ist, muß erst recht als eine ganz geringe Abschlagszahlung gegenüber den Anforderungen bezeichnet werden, auf deren Erfüllung der Mensch der Gegenwart ein Recht zu haben glaubt. Eine planmäßige Rauchbekämpfung wurde zuerst in London angewandt, wo sich eine Privatgesellschaft zu diesem Zweck bildete und mit Unterstützung der Behörden manchen Erfolg erzielte. Wenigstens wurde dadurch auf die Notwendigkeit solcher Bestrebungen aufmerksam gemacht. Sie wurden ziemlich mattherzig in Paris aufgenommen, und auch in Berlin sind sie über einige Polizeiverordnungen nicht hinausgekommen. Der Lokomotivenrauch mag namentlich auf den großstädtischen Bahnhöfen eine nicht unerhebliche Verminderung erfahren haben, aber der Anblick qualmender Lokomotivschornsteine ist auch heute keine Seltenheit, selbst wenn sie einen roten Ring tragen, der ihre Ausstattung mit einer Rauchverzehrungsvorrichtung anzeigt. Vielleicht wird auch auf diesem Gebiet Amerika der Alten Welt vorangehen, denn das Bergamt der Vereinigten Staaten hat die Sache der Rauchbekämpfung in die Hand genommen und zunächst eine Umfrage in allen größeren Städten des Landes angestellt, um eine Übersicht über den Umfang und Erfolg der bisher ergriffenen Maßnahmen zu gewinnen. Danach gibt es drüben doch wenigstens schon mehrere Großstädte, die ein Ortsgesetz zur Bekämpfung der Rauchplage erlassen haben. Zuweilen sind die Verordnungen allerdings so streng, daß sie buchstäblich nicht durchgeführt werden können. Am weitesten ist in dieser Hinsicht Buffalo gegangen, dessen Rauchbekämpfungsgesetz von den Sachverständigen des Bergamts als eine Unmöglichkeit bezeichnet wird. Andere Städte haben die Interessen der Industrie mit einer gewissen Rücksicht behandelt. So werden in Neuyork alle Fabriken, deren Schornsteine dicke Rauchwolken ausstoßen, mit Strafe bedroht, ihnen aber eine Frist gewährt, die ihnen zur Abänderung der Feuerungsanlagen Gelegenheit gibt. In Neuyork ist die Erzeugung von Rauch gleichfalls mit Strafe belegt, aber die Stadtverwaltung hat sich nicht die Mühe genommen, sachverständige Vorschriften für die Feuerungsanlagen ausarbeiten zu lassen und anzunehmen. Viel weiter ist die Rauchbekämpfung in dem Staat Massachusetts gediehen, dessen Hauptstadt Boston ist. Hier sind rauchende Schornsteine für Städte über einer bestimmten Größe überhaupt verboten und eine staatliche Behörde sorgt für die Überwachung der Grundstücke. In gerechter Weise sind in den Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes die Schornsteine nach Größe und Feuerungsanlagen in verschiedene Gruppen geteilt, und für jede Gruppe ist ein Höchstmaß der zulässigen Raucherzeugung festgesetzt. Andere amerikanische Städte begnügen sich mit Bestimmungen für neue Anlagen. Lokomotiven und Flußdampfer sind bisher überhaupt meist straffrei, nur in Jersey City ist ein besonderes Gesetz gegen Lokomotivenrauch erlassen. Als vorbildlich kann die Rauchbekämpfung in Chicago bezeichnet werden, und keine andere Stadt kann sich gleicher Erfolge auf diesem Gebiet rühmen. Chicago ist freilich auch heute noch weit davon entfernt, eine saubere und rußfreie Stadt zu sein, aber es ist doch bereits eine große Besserung erzielt worden. Ein ständiges Korps von Aufsichtsbeamten, die den Titel „Rauchinspektoren" tragen, ist ausschließlich damit beauftragt, den Bestimmungen der gegen die Rauchplage erlassenen Verordnungen Achtung zu verschaffen. Hier ist der Vorbedingung Genüge getan, den Eigentümern von Feuerungsanlagen einwandfreie technische Vorschriften zu erteilen, nach denen neue Anlagen eingerichtet und ältere umgebaut werden können. Dadurch ist vor allem auch das wichtige Ziel erreicht worden, daß die Heizer in den Fabriken selbst zu einer größeren Vorsicht erzogen werden, weil sie wissen, daß ihr Schornstein dauernd überwacht wird. Es wäre an der Zeit, daß europäische Fachleute eine Studienreise nach Amerika machten, um die dort gewonnenen Erfahrungen der Rauchbekämpfung kennen zu lernen und für andere Länder nutzbar zu machen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
mit eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gute rote Lubeca-Rabattmarken.

Fassscheiben
Jede Art billigst, auch im einzelnen
Kut. Frakt. Sissordiam. v. 4 M. an.
Oscar Tarchnitz, Fensterglas-Handl.
Hüxterstraße Allee 18. — F. 96. (455

Was wissen Sie
von der neuen Waschmethode? Versuchen Sie Persil u. Sie brauchen nie mehr ein anderes Waschmittel, denn
Sie stehen sich besser
mit Persil und sparen viel Aerger, Zeit, Arbeit und Geld!
Ueberaus ergiebig, wie lose, nur in Original-Paketen.
Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda.
4624

Visitenkarten empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Schuhwaren
für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710
Damenstiefel . . . 4.95—12.50
Herrenstiefel . . . 5.50—14.95
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen . . . . 1.95—6.25
Sandalen, braun Segeltuch, Paar 1.08, 1.25, 1.48
Sandalen, lederne, Paar . 1.58, 1.78, 1.98, 2.28
Anzüge f. Kinder . 2.25—13.—
Herren-Anzüge . 12.85—47.50
Arbeiter-Garderobe sehr billig.
Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) Rote Lubeca-Marken.

erfuhr durch einen Zufall, daß Arbeiterinnen im Ziegelofen beschäftigt wurden und Weisung hatten, sich bei der Kontrolle daraus zu entfernen.

Diese Fälle stehen aber vereinzelt da. Die Regel bilden äußerst milde Strafen. Es ist erstaunlich, wie groß manchmal das Entgegenkommen der Richter ist. Der Vertreter des Staatsanwalts nahm bei dem Inhaber eines großen Konfektions- und Putzgeschäfts, der schon zweimal wegen Uebertretung der Vorschriften der Gewerbeordnung bestraft war, wiederholt Arbeiterinnen an Sonnabenden nach 5 Uhr beschäftigt und außerdem gegen eine ganze Reihe anderer Bestimmungen verstoßen hatte, an, die Straftat sei nicht vorsätzlich begangen worden. Es erfolgte für alle Vergehen Verurteilung zu 60 Mk. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis. Dabei hatte der Beamte auf die bei Rückfällen eintretende Strafverschärfung aufmerksam gemacht.

Durch derartige Beurteilung der festgestellten Uebertretungen, die in auffallendem Gegensatz steht zu den Straffestsetzungen gegen streikende Arbeiter, wird die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten natürlich nicht unterstützt, vielmehr der Erfolg der amtlichen Kontrollen ganz erheblich in Frage gestellt. Nachdem die Novelle zur Gewerbeordnung mit den neuen Vorschriften für Arbeiterinnen seit dem 1. Januar 1910 in Kraft ist, sollte wirklich angenommen werden, daß Unternehmer, die schon Strafen erlitten haben, nicht mehr aus Unkenntnis, sondern vorsätzlich dagegen verstoßen. Hierfür dürften aber empfindliche Strafen angemessen sein.

Die geringe Zahl der Beamten garantiert sowieso schon einer großen Zahl Unternehmer, bei Uebertretungen nicht gefaßt zu werden, und die Abhängigkeit der unorganisierten Arbeiterinnen bildet ebenfalls keinen Hinderungsgrund. Wieweit die Furcht vor Arbeiterinnen dem Unternehmer gegenüber gehen kann, lehrt ein Vorkommnis im Aufsichtsbezirk Breslau. Die Beamten, und namentlich die Assistentinnen, denen eine Hauptarbeit bei der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes zufällt, hatten verschiedentlich den Heimarbeitern und -arbeiterinnen Unterstützungen auf Grund des Hausarbeitsgesetzes erwirkt. Beihilfen, zu denen die Unternehmer mit herangezogen werden sollten, lehnten aber die Hausarbeiter ab, weil sie den Verlust der Arbeit befürchteten.

Hier wird wieder einmal deutlich gezeigt, daß wirtschaftliche Abhängigkeit die praktische Durchführung der Sozialgesetzgebung verhindert. Wird dieser Hinweis aber beitragen, die Arbeiterinnen zu veranlassen, sich Rückhalt und Schutz durch den Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossinnen und -genossen zu verschaffen? Alle Versuche, die Unternehmer zur Innehaltung der Arbeiterschutzgesetze zu veranlassen, werden nur minimalen Erfolg haben, wenn die Arbeiterinnen nicht selbst mit Hand anlegen.

Die meisten Verstöße werden in jedem Jahre in den Berufen festgestellt, in denen die Arbeiterinnen nur schwach organisiert sind. Bei aller Reserve, die sich die Beamten der Gewerbeaufsicht auferlegen, kommt dies doch jedesmal in ihren Berichten zum Ausdruck. Die besten Gelegenheiten für Uebertretungen bieten neben den Ziegeleien die Konfektionswerkstätten. Und doch bleiben gerade die Arbeiterinnen dieser Branche gleichgültig. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen mußte in diesem Jahre von einem Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder berichten. Dies ist bedauerlich, besonders in Rücksicht auf die schlechten Arbeitsverhältnisse und niedrigen Akkordpreise, die gerade in der Konfektion anzutreffen sind. Wenn in späteren Berichten wieder die größte Anzahl der ermittelten Verstöße gegen den Arbeiterinnenschutz auf die Betriebe des Bekleidungsgewerbes entfallen, so haben die Arbeiterinnen es sich selbst zuzuschreiben, die aus Interesselosigkeit die Hilfe zurückweisen, die ihnen das solidarische Zusammenhalten der Berufskollegen untereinander bietet.

Schwangerschaft und Tuberkulose.

Auf dem Hebammentag in Karlsruhe behandelte Professor Dr. Stadt die Tuberkulosefrage. Der Redner hat an über 2000 Tuberkulösen in der Schwangerschaft festgestellt, daß etwa drei Fünftel bereits vor Eintritt der Schwangerschaft tuberkulös waren, während zwei Fünftel erst in ihrem Verlauf daran erkrankten. Es ist der Schluß nicht unberechtigt, daß während der Schwangerschaft eine gewisse Anlage zur Tuberkuloseansteckung besteht und daß Frauen, die früher einmal tuberkulös waren, in der Schwangerschaft leicht zu einem Rückfall neigen. Von einem heilbringenden Einfluß der Schwangerschaft auf die Tuberkulose könne keine Rede sein. Bei schwerer Erkrankung an Tuberkulose sollten nach der Ausheilung 1 bis 2 Jahre vergehen, ehe das Mädchen in die Ehe tritt. Nicht selten flackert eine Tuberkulose bei Wöchnerinnen wieder auf. Die tuberkulöse Mutter sollte in ihrem Interesse und im Interesse ihres Kindes den Säugling nicht stillen. Am besten ist es, das Kind nach der Geburt sofort von der Mutter zu entfernen, damit nicht durch Küssen oder Anhusten eine Ansteckung des Kindes erfolgt.

Kleines Feuilleton.

Schutz dem Seefahrer.

Bei der großen Zahl der auf See fahrenden Schiffe und bei der sich stetig steigernden Fahrtgeschwindigkeit wächst naturgemäß auch die Gefahr der Zusammenstöße immer mehr. Sehr mit Recht hat man daher in Erwägung gezogen, den Schiffen fernerhin nicht mehr den scharfen, messerartigen Bug zu geben, der heute beliebt ist, sondern das Vorderteil oben vorragen zu lassen, so daß dieses sich gewissermaßen erst am oberen Teil des getroffenen Schiffes müde rennt. An Mitteln, Zusammenstöße zu verhindern, hat es nie gefehlt; auch in der finstersten Nacht leisten die Lichter ihre Dienste, wenn jene nur klar ist! Weit gefährlicher ist der Nebel. In diesem Falle müssen Signale gegeben werden, die das Ohr vernimmt, und es gibt deren auch verschiedene. Wer einmal eine mit Dampf betriebene „Heulsirene" vernommen hat, deren auf und ab wogender Ton die Nerven zu zerreißen droht und kilometerweit über die Fluten eilt, wird sicher überzeugt sein, daß große Schiffe ein Mittel besitzen, sich bemerkbar zu machen. Man hat auch eine Art Ohr erfunden, welches ungefähr die Richtung verrät, aus welcher das Heulsignal eines fremden Schiffes kommt. Dieses „Ohr" besteht aus einem Schalltrichter, der sich im Kreise drehen läßt, und bei dem man feststellen kann, in welcher Stellung er am besten „hört". Da ferne Wasser den Schall ausgezeichnet leiten, hat man Unterwassersignale eingerichtet. Man benutzt hierzu Glocken, die im Wasser angeschlagen werden, während die darauf eingerichteten Schiffe — ebenfalls unter Wasser — eine Art Telephon besitzen, welches als Empfänger dient. Man hat ferner versucht, die Nähe von Schiffen dadurch zu bestimmen, daß man elektrische Wellen aussandte, die dann zurückgeworfen werden sollten, wenn sie den zumeist metallenen Rumpf eines Schiffes getroffen hatten.

Eisenhaltige Vegetabilien.

Welche Bedeutung das Eisen im Haushalt unseres Körpers spielt, ist bekannt. Jetzt, wo es frisches Gemüse und Salat wieder reichlich gibt, wird ein Hinweis (im „Archiv für physik.-diät. Therapie") über eisenhaltige Vegetabilien interessieren. Die Ansicht, daß der Spinat das eisenreichste Gemüse sei, ist nicht nur in Laien-, sondern auch in Aerztekreisen weit verbreitet, aber, wie die Untersuchungen von Haensel ergeben haben, irrig; denn nach diesen Untersuchungen hat von allen Vegetabilien, die zur Nahrung verwendet werden, der Kopfsalat den größten und der Spinat den geringsten Gehalt von Eisen. Wenig bekannt ist die Tatsache, daß auch die Kartoffel eisenhaltig ist. Nächst dem Kopfsalat besitzen die Blätter des Kohlrabi den größten Eisengehalt. Es folgen dann in absteigender Reihenfolge: Winterkohl, Endivien, Mohrrüben, Kartoffel und Spinat. Bei der Bedeutung der Mineralstoffe für die Ernährung sind diese Tatsachen nicht ohne Bedeutung, wird doch der Eisenbedarf des Menschen auf täglich etwa dreiviertel Milligramm geschätzt.

Heiteres.

Aussicht. Chef: „Junger Mann, Sie können bei mir etwas lernen. In ein paar Jahren sind Sie schon imstande, selbständig Pleite zu machen!" (Aus „Simplizissimus".)

Kurze Pause. „Denken Sie, Ihrem Nachbar, dem Musikstudenten, ist die Geige gestohlen worden!" — „Gott, was hab' ich davon . . . er wird sich 'ne neue kaufen!"

Eingegangen. Sommerfrischlerin: „O glauben Sie mir, um mich haben sich schon Männer geschlagen!" — „Reuten's bei Ihnen auch um jeden Schmarr'n?"

Wörtlich genommen. „Wie lange sind Sie hier schon Geiger?" „Na, so siebzehn Jahre mögen schon verstrichen sein!"

Doch etwas. „Ist das Postauto schon weggefahren?" — „Im Augenblick; Sie können es noch riechen!"

Nach und nach. Beamter: „Der neue Kollege wird allmählich etwas geselliger. Heute hat er schon . . . mitgegähnt!"

(Aus „Meggendorfer Blätter".)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 23. Mittwoch, den 11. Juni 1913.

Seminaristenstreiche.

Von Wilhelm Winter.

Unter den Seminaristen des letzten Jahrganges war der Hontert Misch bei den verschiedenen Abenteuern und Unternehmungen der tatenlustigen jungen Burschen stets der Rädelsführer. Diese heikle Stelle versah er mit um so größerer Dreistigkeit, als er mit seiner semmelblonden Mannesschönheit und seinen wasserblauen Unschuldsaugen bei jedermann den Eindruck machte, daß er kein Wässerlein trüben, keinen Wurm kränken und keinen Zollbreit von dem schmalen Pfade des Rechts und der guten Sitten abirren konnte.

Der Hontert Misch besaß aber nicht nur die nötige Dreistigkeit für seine und seiner Kameraden Unternehmungen, sondern auch die erforderliche Umsicht, Kaltblütigkeit und eine Portion Humor.

Den besten Beweis für seine hervorragenden Fähigkeiten erbrachte er auch in den zwei folgenden Fällen.

Der Klempnermeister Matthias Stenzel hatte ein hübsches Töchterchen von siebzehn Jahren, in das der Hontert Misch in heißer, etwas flegelhafter Liebe entbrannt war. Aber Schön-Luischen wollte von dem hochaufgeschossenen, klapperdürren blonden Jüngling nichts wissen, dessen Gesicht mit Sommersprossen so übersäet war, daß der Verdacht begründet erschien, er pudere sein Gesicht mit Insektenpulver ein.

Aber Misch hielt die abweisende Zurückhaltung seiner Flamme und ihre kühle Ablehnung seiner rüpelhaften Liebesbezeigungen für mädchenhafte Scham und war von ihrer Gegenliebe umsomehr überzeugt, als Luischens Verachtung für den armen Liebesnarren täglich an Deutlichkeit wuchs. Bis ein Vorkommnis den verliebten „Prädendenanwärter" und „Sabatalienjäger",*) wie ihn sein Idol nannte, von der gänzlichen Aussichtslosigkeit seiner Neigung überzeugte.

In lauer, schöner Juninacht stand unser Held und Liebhaber mit noch drei seiner Kameraden unter dem Fenster seiner hoffnunglos Angebeteten. Nach kurzem Stimmen erscholl ein Ständchen mit solcher Kraft und Inbrunst zum Sternenhimmel empor, daß einige abenteuernde Katzen erschrocken über die Dächer wie pfauchende Schatten dahinfegten und sämtliche Köter der Nachbarschaft in ein langgezogenes harmonisches Bewunderungsgeheul ausbrachen.

In der Umgebung erschienen gespensterhafte Gestalten in den Fenstern, die mit drohenden Gebärden Gottes Fluch auf die verruchten Ruhestörer herabflehten.

Diese Verwünschungen bewirkten das Gegenteil ihrer Absicht. Die vier brüllenden Minnesänger sahen darin eine Aufmunterung zu erhöhter Leistung. Sie holten alles, was an Stimmitteln in ihrem Busen vergraben war, an das Mondlicht hervor.

Wäre es nun wenigstens eines der vielen Quartettlieder gewesen, die unter dem Namen „Schmachtfetzen" bekannt sind und von verliebten Barden benutzt werden, die Herzen ihrer Auserkorenen zu erreichen. Aber der Hontert Misch wollte den kleinen Ohren seiner herben Dulzinea einen extrafeinen Kunstgenuß vorsetzen und sich gleichzeitig als zukünftiges Genie betätigen.

Er bemühte sich mit viel Mühe und Fleiß, das alte, schöne, einstimmige Liebeslied:

Starrend vor Frost
Steh ich vor deinem Fenster . . . .

in ein Quartett umzukomponieren. Es wurde ein „Longemälde" daraus, das zwar musikalisch eine arge Mißgeburt war, dafür aber seine ursprüngliche hübsche Melodie bis auf spärliche Überreste gänzlich eingebüßt hatte und ungefähr so klang, wie der Schlachtgesang eines menschenfressenden Negerstammes, und zum Überfluß paßte der Text für die kalte Jahreszeit, nicht aber für eine warme Juninacht.

Daher war es kein Wunder, daß die ganze zwei- und vierfüßige Nachbarschaft in wilden Aufruhr geriet, der erst sein Ende fand, als die Sänger zum Schweigen gebracht worden waren.

Die rächende Nemesis erschien in Luischens Fenster, streckte ihre weiße Hand heraus, die ein noch weißeres, bauchiges Gefäß hielt, und goß dessen Inhalt mit großer Treffsicherheit über die Häupter der vier Troubadours, was auf eine gewisse Praxis in diesem Segenspenden schließen ließ.

Das solcherart geweihte Quartett hielt pustend und spuckend in seinem Attentat auf die nächtliche Ruhe und den guten Geschmack seiner Mitmenschen inne und suchte schimpfend das Weite, gefolgt von dem Hohngelächter der ergrimmten Nachbarschaft.

An der nächsten Straßenecke hielten die vier Sänger in ihrem Laufe inne. Sie reichten sich die Hände und ein Racheschwur stieg zum Himmel empor, so schrecklich und fürchterlich, daß die Sterne erbleichten, obwohl sie dazu noch einige Stunden Zeit gehabt hätten, und der Mann im Monde vor Angst ein weinerliches Gesicht machte.

Zwei Wochen später, es war die dunkelste Nacht seit Erschaffung der Welt, huschten vier schlanke Gestalten durch die stillen Gassen. Vor Luischens Fenster machten sie Halt. Es waren Hontert Misch und seine drei Mitverschworenen. Zwei Seminaristen lehnten sich an die Wand, Misch turnte sich auf ihre Schulter und der vierte reichte ihm einen schildartigen Gegenstand hinauf, dem ein paar Nägel und ein handlicher Stein folgten.

Dumpfes Klopfen verkündete, daß etwas an die Mauer befestigt wurde; noch ein Schlag und das Werk war getan. Gerade wollte der Bursche von seinem lebenden Gerüst herabspringen, als eine seltsame Figur, als wäre sie aus dem Boden gewachsen, vor den vier erschrockenen Bösewichtern auftauchte, und ihnen mit einer Handlaterne in die Gesichter leuchtete.

Der so urplötzlich Erschienene war ein kleiner gedrungener Mann mit einem faltigen, von einem graumelierten struppigen Barte überwucherten Antlitz, aus dem eine Knollennase ragte, die im Scheine der Handlaterne glühte wie ein Leuchtturm. Ein paar vorspringende Augen von unbestimmter Farbe gaben dem Gesicht einen komischen Anstrich, obwohl diese Augen fortwährend gerollt wurden, um dadurch Furcht einzuflößen.

Das war der Nachtwächter Hans Görg Grillenschreck. Zur Nachtzeit rief er die Stunden aus oder auch nicht; das heißt wenn es gar zu arg wetterte, verkroch er sich an irgend einem geschützten Orte, dort trank er seine eine halbe Maß fassende Flasche voll Rostoptschin (gemischt mit Rum) leer und versank in einen wohltuenden Schlaf, aus dem er erst durch fremde Hilfe zu erwachen pflegte. Den ihm anvertrauten Stadtteil überließ er einstweilen vertrauensselig dem „Schutz des Allmächtigen".

Bei Tage betrieb er mit seiner Gattin einen Greislerladen. Frau Susanne Grillenschreck war ein scharfes Weib, oder, wie die guten Nachbarn sagten, ein böser Drachen, eine bissige Zange, ein Drudenfuß und so weiter.

Ihren Hans Görg hielt die Frau fest im Zaume, er mußte nach ihrer Pfeife tanzen, und diese Pfeife hatte nur immer unangenehme, schrille Töne. Erkühnte sich einmal der wackere Wächter der Nacht, sich gegen die Tyrannei seiner „schwächeren Hälfte" aufzulehnen, dann zeigten blaue, rote und grüne Flecken, blutige Schrammen und Blößen in dem dichten Haarwald Hans Görgs, daß der Aufstand siegreich niedergeschlagen worden war.

Die Frau sah darauf, daß Grillenschreck seinen Amtspflichten nachkam, denn sie war rechtschaffen und ehrlich. Aber überall konnte sie nicht dabei sein, und so kam es, daß Hans Görg manche dumme Stückchen und Schwabenstreiche zum besten gab, wofür er von Kindern und Dienstboten öffentlich verspottet und verhöhnt wurde, natürlich nur aus sicherer Entfernung. So war ein Preislied auf ihn im Schwange, das wohl Kinderpoesie entsprungen sein mochte und also lautete:

*) Früher wurden die evangelisch-sächsischen Lehrer und Prediger in Siebenbürgen hauptsächlich mit Naturalien entlohnt, die in der Amtssprache Präbenden und Sabatalien genannt wurden.

Da kommt der Mannwau,
Den haut seine Frau,
Und trinkt er ein' Schnaps,
Kriegt er ein' Klaps,
Dann fällt er in 'n Dreck,
Der Grillenschreckschreck.

Der blaue Bogen hatte ihm schon einigemal gewinkt, aber da sich für die glänzende Bezahlung von zehn Gulden monatlich kein Ersatz für ihn finden ließ, begnügte sich der wohllöbliche Magistrat, den Nachtwächter in allen möglichen Tonarten zu verwarnen, was dem Hans Görg weniger naheging, als wenn er von seinem handfesten Ehegespons gehudelt und gepufft wurde.

Einen lachkrampferzeugenden Eindruck machte Grillenschreck in seiner Nachtwächterausrüstung, die sich im Sommer und Winter immer gleichblieb.

Ein Paar rindslederne Röhrenstiefel schützten seine Füße vor dem Naßwerden. In den Stiefeln steckte eine alte blaue Artilleristenhose und ein gelber, mit roten Schnüren besetzter Heiduckendolman schmückte seinen Oberkörper. Über das Ganze trug er einen verwitterten Kapuzenmantel, der so dick, steif, schwer und unförmig aussah, als wenn ihn nicht ein Schneider aus Tuch zugeschnitten, sondern ein Zimmermann mit der Axt aus alten Brettern zugehauen hätte. Dann kam noch eine dunkle Mütze mit langen Ohrenklappen und riesigem Schirm.

Seine Lenden waren mit einem uralten, krummen Polizeisäbel umgürtet, den keine Macht der Erde aus der Scheide zu ziehen imstande gewesen wäre. Ein würdiges Seitenstück des Säbels bezüglich des Alters bildete die klafterlange Landsknechtshellebarde, deren metallenen Bestandteile durch eine dicke Rostkruste vor den nachteiligen Einflüssen der Luft geschützt waren.

Vervollständigt wurde die Armierung durch eine Stallaterne mit auf drei Seiten gebrochenen Glasscheiben, so daß es den Winden leicht war, dem in der Laterne qualmenden Talgkerzenstumpf das stinkende Lebenslicht auszublasen.

Aber der für Grillenschreck wichtigste Ausrüstungsgegenstand war sein „Herzchen". So nannte er seine bauchige Branntweinflasche, die ihm das Liebste unter der Sonne war. In ihr ertränkte er Schmerz und Kummer, aus ihr schlürfte er Trost, wenn häusliche Stürme und amtliche Donnerwetter auf sein Haupt herniederprasselten. Wurde sein Gemüt durch Nücken und Tücken des Schicksals niedergebeugt — ein tiefgurgelnder Schluck Rosloptschin mit Rum und HansGörgs gedrückte Seelenstimmung richtete sich wieder hoffend empor. Und in der Ausübung seines schweren Dienstes gab ihm die gefüllte Pulle Kraft und Ausdauer; wenn er im Winter fror, heizte er sich mit dem „Lebenselixir" ein; litt er im Sommer Durst, er löschte ihn mit dem Inhalt seines „Herzchens".

So beschaffen war der Mann, der den vier Seminaristen mit seiner Leuchte vor den verdutzten Gesichtern herumfuchtelte, den Schaft der Hellebarde auf den Boden stampfte, seine Kalbsaugen gräßlich rollen ließ und die vier Burschen mit seiner heiseren Fuselstimme anschnarrte:

„He, jetzt hab' ich euch, Einbrecher, Brandstifter, Räuber und Mörder! Nun wird euch das verfluchte Handwerk gelegt. Marsch mit euch aufs Rathaus, ihr seid alle arretiert!"

Hontert Misch, der wieder auf festem Boden stand und dem sein kecker Mut zurückgekehrt war, verwahrte sich gegen die Arretierung. Aber da kam er schön an.

„Maul halten!" schnauzte ihn Grillenschreck an. „Jetzt weiß ich's. Ihr seid die Spitzbuben, die vorgestern beim Viehhändler Rannicher ein Kalb gestohlen haben."

„Oho," sagte der Zink Martin, einer der Verschworenen. „Das ist falsch, das Kalb hat der Zigeuner Zupasch ganz allein gestohlen. Er sitzt deshalb auch schon hinter Schloß und Riegel; das sollten Sie als Amtsorgan doch wissen. Wir sind ganz unschuldige Spaziergänger!"

Verblüfft schaute Hans Görg drein. Aber rasch faßte er sich und fuhr den jungen Mann an:

„Ah was! Hat der Zupasch das Kalb gestohlen, dann habt ihr eine andere Missetat vollbracht. Es ist streng verboten, an fremden Mauern heramzukletteren, und das habt ihr getan. Also marsch aufs Rathaus!"

„Aber Herr Revierinspektor", entgegnete Hontert, „wir haben doch nur wollen wissen, was auf dem Schilde da oben steht; und weils so finst'er is', bin ich hinaufgestiegen, um besser lesen zu können! Beim heiligen Lumpazius, das ist die Wahrheit!"

Der „Revierinspektor" machte auf den Nachtwächter tiefen Eindruck und hob seinen Eigendünkel ganz gewaltig. Er blähte sich auf wie ein brasilianischer Ochsenfrosch, warf sich in die Brust und schnarrte:

„Schnick, schnack! Jetzt wird nicht mehr gewinselt. Im Rathause wird sichs ja zeigen, welcher Verbrechergilde ihr angehört. Vorwärts, marsch!"

Die vier Seminaristen steckten die Köpfe zusammen und wisperten miteinander. Einer war fürs Reißausnehmen, das bei der Dunkelheit leicht möglich sei. Der zweite riet davon ab, denn wenn auch nur einer erwischt würde, sei dann dieser um so tiefer in der Tinte.

Nun rückte Hontert mit einem Plane heraus. Man sollte den als sehr habgierig bekannten Nachtwächter bestechen. Aber da sah es gar windig aus. Alle stöberten eifrig in ihren Taschen herum. Hontert Misch war der Krösus unter seinen Kameraden, er brachte siebenunddreißig Kreuzer zustande. Der Zink Martin steuerte zwölf Kreuzer bei, der Eljes Dolf besaß sieben Kreuzer und der Drotleff Titz (Andreas) konnte trotz emsigen Suchens nur drei Kupferlinge zusammenkratzen.

Im ganzen waren es „lausige neunundfünfzig Kreuzer", wie der Hontert Misch ärgerlich meinte. Aber der Versuch mußte auch mit dem wenigen gemacht werden.

Der Misch trat mit scheinheiliger Miene zu dem Nachtwächter heran, drückte ihm den Haufen Münzen in die Hand und sagte treuherzig:

„Der Herr Revierinspektor mögen verzeihen, wenn ich und meine Kameraden Ihnen für die liebevolle Aufmerksamkeit für uns ein kleines Honorar verabfolgen, das Sie ehrlich und redlich verdient haben. Der Herr Revierinspektor werden uns nun gütigst erlauben, daß wir ruhig nach Hause gehen!"

Grillenschreck ließ das Geld in der Manteltasche verschwinden, winkte gnädig mit der Hand und knurrte in seinem freundlichsten Tone:

„Ja, gehen Sie nach Hause. Sie sind vier anständige, brave junge Männer. Ich hätte Sie sowieso laufen lassen, auch wenn Sie mir kein Honorar gegeben hätten, denn ich lasse mich nicht bestechen!"

Sprachs und wollte sich davontrollen. Aber dem Hontert Misch war ein Gedanke eingeschossen, den er sofort zur Tat werden ließ. Er hielt den Nachtwächter am Mantel zurück und schrie ihn grob an:

„Sie sind ein schlechter Kerl, denn Sie haben sich bestechen lassen. Nun werden wir Sie aufs Rathaus führen und die Anzeige erstatten. Vorwärts, marsch!"

Dem Hans Görg fuhr der Schrecken in alle Glieder. Wie gelähmt starrte er den furchtbaren Ankläger an. Dann begann er zu jammern und zu bitten, man möge ihm doch nicht die Schande antun und ihn um Brot und Stellung bringen. Aber Hontert bestand auf dem Gange zum Rathause.

Als Grillenschreck erkannte, daß sein Flehen vergebens sei, schlug er den Seminaristen vor, sie mögen mit ihm in seinen Greislerladen kommen und sich mit einem Imbiß und einem Trunke stärken.

Die vier hungrigen Burschen ließen sich erweichen. Sie nahmen die Einladung an und folgten dem Nachtwächter in seinen Laden, wo ihnen Wurst, Käse, Brot und verschiedene Schnäpse aufgetischt wurden. Sie langten auch wacker zu. Der Branntwein tat bald seine Wirkung. Man wurde lustig, traut mit dem „Revierinspektor" Schmollis und fing an, Trinklieder zu singen. Am ärgsten trieb es Hans Görg.

Bis sich die ins Wohngemach führende Tür öffnete und Grillenschrecks Gattin erschien. Gleich einem Rachegeist fuhr sie unter die fidele Bande. Ihrem „Herrn und Gebieter" knallte sie ein paar hinter die Ohren, daß er augenblicklich nüchtern wurde. Dann packte das Mannweib einen Seminaristen nach dem anderen beim Kragen und beförderte sie mit kräftigem Schwunge auf die Straße, wo die vier „Präbendenanwärter" tiefsinnige Betrachtungen über das Ewigweibliche anstellten.

Grillenschrecks Antlitz trug am nächsten Tage ein paar blaue Beulen, die früher nicht darauf geprangt hatten. Er tröstete sich mit einem tiefen Schluck aus seinem „Herzchen" und mit dem Bewußtsein, daß das „Honorar" von neunundfünfzig Kreuzern noch in seinem Besitz war.

Aber den Seeministern, wie er die Seminaristen nannte, ging er von nun an in weitem Bogen aus dem Wege, sie mochten anstellen, was sie wollten.

Und Schön-Luischen weinte sich die Augen rot und ließ sich vier Wochen lang auf der Gasse nicht mehr sehen, denn sie schämte sich gar sehr. Neben ihrem Fenster hatten die losen Gesellen ein Schild angebracht, auf dem eine Frau mit einem Kinde im Arme abgebildet war, und darunter stand: „Luise Stenzel, diplomierte Hebamme."

Die ganze Stadt lachte darüber und die liebe Nachbarschaft machte ihre frommen Glossen dazu und alle waren davon überzeugt, daß das ein Seminaristenstreich war, allein beweisen konnte es nur der Nachtwächter Grillenschreck.

Der aber war stumm wie ein Fisch, der in Rostoptschin mit Rum schwimmt.

Aussteuer und Ausstattung.

Das Bürgerliche Gesetzbuch macht zwischen der Aussteuer und Ausstattung einen Unterschied. Denselben kennen zu lernen, dürfte für unsere Frauen und deren Töchter, sofern die letzteren in das heiratsfähige Alter gelangen, immerhin von Interesse sein. —

Ein klagbares Recht besteht nur auf die Gewährung der Aussteuer. Der Vater ist nach dem Paragraphen 1620 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, einer Tochter im Falle der Verheiratung zur Einrichtung des Haushaltes eine angemessene Aussteuer zu gewähren, soweit er bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts dazu imstande ist und die Tochter nicht ein zur Beschaffung der Aussteuer reichendes Vermögen hat. Die gleiche Verpflichtung trifft die Mutter, wenn der Vater zur Gewährung der Aussteuer außerstande oder wenn er gestorben ist. Was nun im einzelnen zur Aussteuer gehört, ist gesetzlich nicht festgelegt. In der Hauptsache sind darunter die beweglichen Sachen zu verstehen, die zur Einrichtung eines Hausstandes und zur persönlichen Ausstattung der jungen Frau erforderlich sind. Der Wert der Ausstattung richtet sich nach dem Stande und dem Vermögen der Eltern, sowie der Lebensstellung des Schwiegersohnes. Vor der Verheiratung kann die Aussteuer nicht gefordert werden. Ist aber die Tochter schon verlobt, und liegen Auslassungen der Eltern vor, wonach diese die Aussteuer verweigern wollen, dann kann vor der Verheiratung Feststellungsklage erhoben werden. Das Gericht hätte dann im Klagewege festzustellen, daß der Vater oder, wenn er verstorben sein sollte, die Mutter im Falle der Verheiratung der Tochter die Aussteuer zu gewähren hat und in welcher Höhe. Der Vater hat die Wahl, ob er die Aussteuer in Geld oder durch Lieferung von Sachen gewährt. Nur bei einer Entfremdung zwischen Vater und Tochter würde diese Geldzahlung fordern können. Da die Verpflichtung der Eltern zur Gewährung der Aussteuer nur soweit besteht, als sie zur Gewährung derselben nach ihren Verhältnissen imstande sind, so sind dabei auch alle anderen Verpflichtungen, namentlich Unterhaltungsverpflichtungen und die für die anderen Kinder beschafften oder noch zu beschaffenden Aussteuern zu berücksichtigen. Den Eltern muß nach Erfüllung der ihnen gesetzlich auferlegten Verpflichtung — Gewährung der Aussteuer — immer noch soviel verbleiben, daß ihr standesgemäßer Unterhalt dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Der Vater und die Mutter können die Aussteuer aber gesetzlich verweigern, wenn sich die Tochter ohne die erforderliche elterliche Einwilligung verheiratet. Das gleiche gilt, wenn sich die Tochter einer Verfehlung schuldig gemacht hat, die den Verpflichteten berechtigt, ihr den Pflichtteil zu entziehen. In Deutschland bedarf ein eheliches Kind zur Eingehung der Ehe bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres der Einwilligung des Vaters, ein uneheliches der der Mutter. Mit dem 18. Jahre kann ein Kind schon für volljährig erklärt werden. Wird die elterliche Einwilligung einem für volljährig erklärten Kinde verweigert, so kann sie auf Antrag durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. In diesem Falle besteht kein Verweigerungsrecht für die Aussteuer. Bei Verfehlungen der Tochter geht das Recht der Verweigerung durch Verzeihung verloren, bei unsittlichem Lebenswandel ist zu prüfen, ob sich die Tochter nicht zur Zeit der Eheschließung gebessert hat. Eine Aussteuer kann dann noch verweigert werden, wenn die Tochter für eine frühere Ehe von dem Vater oder der Mutter bereits eine Aussteuer erhalten hat. Der Anspruch auf die Aussteuer ist nicht übertragbar, er verjährt in einem Jahre von der Eingehung der Ehe an.

Während die Aussteuer, die wir vorstehend gesehen haben, nur für die Töchter in Betracht kommt, kann als Ausstattung aber auch den Söhnen etwas gewährt werden. Darüber bestimmt der Paragraph 1624 B. G. B. folgendes: „Was einem Kinde mit Rücksicht auf seine Verheiratung oder auf die Erlangung einer selbständigen Lebensstellung, zur Begründung der Wirtschaft oder Lebensstellung von dem Vater oder der Mutter zugewendet wird (Ausstattung), gilt, auch wenn eine Verpflichtung nicht besteht, nur insoweit als Schenkung, als die Ausstattung das den Umständen, insbesondere den Vermögensverhältnissen des Vaters oder der Mutter, entsprechende Maß übersteigt." Hieraus ergibt sich, daß auf die Ausstattung ein klagbares Recht nicht besteht. Würde z. B. eine Tochter nicht heiraten, so kann sie, ebensowenig wie die Söhne, eine Ausstattung im Sinne des Paragraphen 1624 B. G. B. nicht verlangen. Da vielfach zwischen Aussteuer und Ausstattung nicht genau unterschieden wird, sind die Paragraphen 1620 und 1624 angeführt und nach Vergleichung des Wortlautes derselben wird man nach vorstehender Erläuterung dieser Paragraphen sehr leicht den Unterschied herausfinden. Gewährt der Vater einem Kinde, dessen Vermögen seiner elterlichen oder vormundschaftlichen Verwaltung unterliegt, eine Ausstattung, so ist im Zweifel anzunehmen, daß er sie aus diesem Vermögen gewährt. Diese Vorschrift findet auf die Mutter entsprechende Anwendung. Als Ausstattung können auch Zuwendungen, die nach der Verheiratung oder der Selbständigmachung gegeben werden, angesehen werden, desgleichen auch Zuwendungen zur Vergrößerung eines Geschäftes oder solche, die zur Gleichstellung mit anderen Kindern erfolgen.

Zum Schlusse sei dann noch darauf hingewiesen, daß das, was als Aussteuer oder Ausstattung gegeben worden ist, nach dem Tode des Vaters bezw. der Mutter bei der Ausgleichung unter den Miterben in Anrechnung kommt. Ist aber vom Vater oder von der Mutter bei der Zuwendung oder nachher mittelst Testament bestimmt worden, daß das Gegebene dem Empfänger bei der Teilung des Nachlasses nicht oder nur zu einem bestimmten Betrag angerechnet werden soll, so hat es hierbei sein Bewenden.

Für unsere Frauen.

Arbeiterinnenschutz.

Auch im letzten Jahre ist die größte Zahl der durch die Gewerbeaufsicht ermittelten Zuwiderhandlungen gegen den Arbeiterinnenschutz nicht mit Strafe belegt worden. Von 3071 Anlagen, in denen Verstöße festgestellt waren, blieben 2727 oder nahezu 75 Proz. gänzlich straffrei. Nur gegen 727 Personen wurden im Berichtsjahre Strafen verhängt, während 217 Strafverfahren am Schlusse des Jahres 1912 noch schwebten.

Leider sind über die Höhe der insgesamt verhängten Strafen keine zusammenfassenden Angaben gemacht, und auch die einzelnen Berichte geben hierüber nur in wenigen Fällen Auskunft. So schreibt zum Beispiel der Beamte des Regierungsbezirks Hildesheim: „Die Zahl der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen und die Zahl der deshalb bestraften Personen sind erheblich gestiegen. Eine Reihe leichterer Fälle blieb ohne strafrechtliche Verfolgung." In manchen Berichten fehlt jeder Nachweis darüber, ob Strafen verhängt sind.

Bei der Geringfügigkeit der Strafen, die meist in keinem Verhältnis stehen zu den Vorteilen, die den Unternehmern aus der ungesetzlichen Beschäftigung der Arbeiterinnen erwachsen, ist es kein Wunder, daß immer wieder die Vorschriften umgangen werden. Strafen in Höhe von 3 Mk. und 5 Mk. wurden wiederholt verhängt. So erhielt zum Beispiel eine Schneiderin, die mehrfach Arbeiterinnen unter 10 Jahren und sogar ein Mädchen unter 14 Jahren an Sonnabenden bis 7½ Uhr abends beschäftigt hatte, nur 3 Mk. Geldstrafe zudiktiert. Der Inhaber einer Waschanstalt, der seit längerer Zeit erwachsene Arbeiterinnen Freitags bis zu 16 Stunden und Sonnabends bis zu 14 Stunden beschäftigt hatte, auch Mädchen unter 10 Jahren bis zu 12 Stunden täglich arbeiten ließ, kam mit 15 Mk. Geldstrafe davon. Wieviel mag der Mann durch die ungesetzliche Beschäftigung wohl verdient haben.

Ebensowenig fühlbar dürfte für den Besitzer einer Strohhülsenfabrik die über ihn verhängte Geldstrafe von 25 Mk. gewesen sein, weil er sieben Arbeiterinnen längere Zeit hindurch über 8 Uhr abends hinaus, teilweise bis 5 Uhr früh, beschäftigt hatte. Der Beamte des Regierungsbezirks Arnsberg schreibt denn auch: „Manche Urteile erscheinen unter Berücksichtigung der vorliegenden Straftaten auffallend milde."

Es ist zu verstehen, wenn Beamte der Gewerbeaufsicht zu solcher Ansicht kommen. Zur Aufrechterhaltung der Autorität der Gewerbeaufsicht dürften derartige milde Bestrafungen aber nicht führen. Mehrfach haben die Beamten Berufung gegen zu milde Urteilssprüche eingelegt, so zum Beispiel im Regierungsbezirk Posen, wo Ziegeleibesitzer die vielfach festgestellte Längerbeschäftigung von Arbeiterinnen als zur Einholung der durch Betriebsstörung verlorenen Arbeitszeit notwendig erklärten und hiermit Verständnis bei den Richtern fanden und freigesprochen wurden. Ueber den Erfolg der Berufung lag noch keine Nachricht vor.

Verschiedentlich sind aber die Berufungseinlagen erheblich über den Entscheid der ersten Instanz hinausgegangen. Schon im vorigen Jahre konnten einzelne solcher Fälle mitgeteilt werden. Im Berichtsjahre wurde im Regierungsbezirk Oppeln durch Entscheidung des Landgerichts als Berufungsinstanz die minimale Strafe gegen einen Ziegeleibesitzer aufgehoben und auf 250 Mk. gegen diesen und 50 Mk. gegen den Werkmeister erkannt. Der kontrollierende Beamte